

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die halbpaltene Koloniel-Zeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Kämpfe und Erfolge des Verbandes im Jahre 1910.

In zwei Artikeln haben wir vor einigen Wochen eine kurze Uebersicht über den Wirtschaftsmarkt im Jahre 1910 gegeben. Soweit sich aus dem angeführten Material Schlüsse für die Zukunft ziehen lassen, haben wir Grund, auf eine weitere Besserung im laufenden Jahre zu hoffen. Eine Besserung, die eine weitere Ausbreitung und Festigung des Verbandes bringen wird.

Das uns das vergangene Jahr ganz erfreulichen Mitgliederzuwachs gebracht hat, ist hier schon wiederholt mitgeteilt worden; den genauen ziffernmäßigen Nachweis darüber werden wir erst in einigen Wochen, wenn die Abrechnungen der Zahlstellen eingelaufen und bearbeitet worden sind, geben können. Zusammenhänge lassen sich schon jetzt einige Ziffern mitteilen, die eine annähernd richtige Abschätzung ermöglichen. Nach den an das Statistische Amt gelieferten Nachweisen über Mitgliederzahl und Arbeitslosigkeit hatte der Fabrikarbeiterverband Mitglieder:

	männl.	weibl.	zusammen
am 1. Januar 1910*)	125 265	15 684	140 949
" 1. April "	131 956	17 177	149 133
" 1. Juli "	138 570	18 856	157 426
" 1. Oktober "	143 497	19 809	163 306
" 1. Dezember "	148 816	20 390	169 206

Die Zahlen zeigen eine ganz erfreuliche, besonders wegen ihrer Stetigkeit und Regelmäßigkeit erfreuliche Aufwärtsbewegung. Der Zuwachs an männlichen Mitgliedern beträgt 23 051 oder rund 20 Prozent, der Zuwachs an weiblichen 4706 gleich reichlich 30 Prozent, die Gesamtzunahme 27 757 Mitglieder oder 20 Prozent. Das ist gewiß ein Erfolg, der sich sehen lassen kann. Selbstverständlich wird der Erfolg uns nicht veranlassen, in unserer Tätigkeit weniger rührig zu sein, sondern umgekehrt, er soll uns anspornen, im neuen Jahre mit neuem Eifer zu arbeiten.

Noch bessere Erfolge als unsere Agitations- und Aufklärungsarbeit hatten unsere Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das Jahr 1910 hat uns mehr Kämpfe, aber auch mehr Erfolge gebracht als irgend eines seiner Vorgänger.

Die Zahl der Lohnbewegungen, die ohne Streit zu Ende geführt werden konnten, betrug 367, die sich auf 503 Betriebe mit 44 708 beschäftigten Personen erstreckten. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurde für 39 072 Personen erreicht. Und zwar für

8 958 Personen Verkürzung der Arbeitszeit um insgesamt 20 845 Stunden pro Woche

und für

32 064 Personen Lohnerhöhung um insgesamt 50 980 Mk. pro Woche.

Das sind Erfolge, die den Wert der gewerkschaftlichen Organisation selbst dem Blödesten zum Bewußtsein bringen mußten. Wenn der Verband in einem einzigen Jahre für rund ein Viertel der gesamten Mitgliedschaft die Arbeitsbedingungen verbessert, so ist das ein schlüssiger, durch keine Sophistik wegzurender Beweis für den Nutzen des gewerkschaftlichen Kampfes. Und es gehört ein fast unbegreifliches Maß von Ignoranz oder Geisteschwäche dazu, wenn Arbeiter trotzdem noch ihr Heil außerhalb der Gewerkschaften, vielleicht gar in „nationalen“ gelben Vereinen suchen. Ein einfaches Rechenexempel ergibt, daß die errungenen Lohnerhöhungen, wenn sie auch nur ein einziges Jahr in Kraft bleiben, den Arbeitern rund

2 1/2 Millionen Mark mehr Lohn

bringen, eine Summe, die annähernd der gesamten Jahreseinnahme des Verbandes entspricht. Daß die Verbesserungen weniger durch Streiks als durch friedliche Verhandlungen und Vereinbarungen erreicht wurden, beweist nichts gegen die Notwendigkeit des Kampfes. Denn wenn die Unternehmer nicht wüßten, daß wir zum Kampfe gerüstet sind, würde es mit ihrem Entgegenkommen sehr windig ausfallen. Das sind Binsenwahrheiten für den geschulten Gewerkschaftler, trotzdem muß es immer wieder betont werden, weil gerade die Tatsache, daß in wachsendem Maße Verbesserungen ohne offenen Kampf erreicht werden, den Gegnern der Gewerkschaften als Beweis für die „Einsicht der Unternehmer“ und für die Richtigkeit des gelben Programms dient.

Von den einzelnen Industrien, für die unser Verband die zuständige Organisation ist, steht die chemische Industrie mit der höchsten Erfolgsziffer an erster Stelle. Wie die Beteiligung im einzelnen ist, geht aus folgender Tabelle hervor:

\*) Wir haben, der Vergleichbarkeit halber, auch hier die vorläufigen Ziffern, die an das Statistische Amt gegeben wurden, eingezeichnet, die genauen Ziffern sind: 125 275 männliche, 15 749 weibliche, zusammen 141 024 Mitglieder. Die Differenz beträgt noch nicht 200 Mitglieder, ist also sehr gering.

Industriezweig	Zahl der Bewegungen	Zahl der Betriebe	Zahl der beteiligten Personen	Es wurden erreicht:	
				Arbeitszeitverkürzung Stunden pro Woche	Lohnerhöhung Mark pro Woche
Chemische, Gummi u. Vinoleum-Fabriken	123	123	20131	5930	14634
Ziegeleien, Zement- u. Tonwaren-Fabriken	56	98	3127	358	497
Papier- und Zellstoff-Fabriken	18	19	3824	212	418
Nahrungsmittel-Fabriken	43	75	10073	1409	2504
Sonstige zuständige Betriebe	52	101	2997	788	2121
An Lohnbewegungen anderer Verbände beteiligt	75	87	4556	261	871
<b>Gesamt</b>	<b>367</b>	<b>503</b>	<b>44708</b>	<b>8958</b>	<b>20845</b>

Die intensive Agitationsarbeit, die in den letzten Jahren in der chemischen Industrie entfaltet wurde, hat sehr schnell reiche Früchte getragen. In der Papierindustrie sind zwar auch schon erfreuliche Erfolge erzielt, aber zu dem, was hier möglich und notwendig wäre, stehen sie nicht in rechtem Verhältnis. Es wird gerade in dieser Industrie noch sehr viel Arbeit aufgewendet werden müssen. Die Zement- und Ziegelindustrie stand noch zu sehr unter dem Druck der schlechten Konjunktur, immerhin sind auch hier annehmbare Verbesserungen erzielt. Sehr gute Erfolge brachten die Bewegungen in der Nahrungsmittelindustrie. Das ist zum Teil mit darauf zurückzuführen, daß in diesen Betrieben die Arbeiter als Konsumenten eine nicht unwesentliche Rolle spielen.

In der folgenden Tabelle sind die Lohnbewegungen nach Gauen gruppiert.

Gau	Zahl der Bewegungen	Zahl der Betriebe	Zahl der beteiligten Personen	Erfolge hatten	Es wurde erreicht:	
					Arbeitszeitverkürzung Stunden pro Woche	Lohnerhöhung Mark pro Woche
1	61	101	13769	12640	5146	2,25
2	59	60	3679	2941	308	1,50
3	3	3	141	89	28	6,-
4	28	66	2241	1922	349	3,-
5	2	2	1012	1012	-	-
6	27	29	1054	806	74	6,-
7	27	41	1264	1154	536	2,-
8	16	20	959	898	265	1,-
9	31	32	4039	3406	1056	1,50
10	20	20	2368	1875	184	1,25
11	11	11	7107	6916	177	2,75
12	4	4	598	282	96	2,50
13	78	114	6477	5131	789	2,25
<b>Gesamt</b>	<b>367</b>	<b>503</b>	<b>44708</b>	<b>39072</b>	<b>8958</b>	<b>2,25</b>

Die Zahl der von Lohnbewegungen erfassten Betriebe ist im Gau 13, die Zahl der beteiligten Personen im 1. Gau am größten. Ein Vergleich mit früheren Jahren kann leider wegen der wiederholt geänderten Teilung der Gauen nicht angestellt werden.

Ueber die Streiks und die abgeschlossenen Verträge wird in einem zweiten Artikel berichtet.

### Kriegsrüstungen der Unternehmer.

Unaufhörlich, mit zähem Eifer, mit rastloser Energie, willig, opferbereit, rüstet das Unternehmertum zum Kampfe gegen die Arbeiter. Seine Organisationen sind vielfach viel frischer, viel umfassender, viel planmäßiger gegliedert, als die der Arbeiter. Kaum findet man noch einen Fabrikanten, der nicht seiner beruflichen Organisation angehört. Aber noch viele Tausende Arbeiter verharren in sträflicher Gleichgültigkeit, bleiben der Gewerkschaft fern, oder schließen sich gar gelben Verbänden an, die von den Unternehmern gegründet, ganz selbstverständlich deren Interessen wahrnehmen sollen. So schwächen sich die Arbeiter selbst! Als Dank dafür ernten sie Haß und Verfolgung vom Unternehmertum. Und dieses begnügt sich nicht mit seiner an sich größeren wirtschaftlichen Macht und seiner umfassenden Organisation, es sorgt auch, besser wie der Arbeiter, für Kriegsmunition. Während Arbeiter vielfach mit der Organisation hadern wegen geringer Beitragserhöhung, sie für 5 Pf. erhöhten Beitrag gleich 10 Pf. mehr Unterstützung haben wollen, arbeitet das über solche Enggherzigkeiten der Arbeiter beunruhigende Unternehmertum an der Schaffung einer

losen, großzügigen Streikunterstützung — für Unternehmer. Das sollte den Arbeitern zu denken geben!

Die Streikversicherung der Unternehmer hat sich zunächst etwas regellos entwickelt. Nennlich wie das Unterstützungswesen in den Gewerkschaften. Vertikal oder beruflich schlossen sich die Unternehmer zusammen, um sich bei Streiks — später auch Ausperrungen — gegenseitig finanziell zu unterstützen. 1904 gründete der Bund der Industriellen eine auf kapitalistischer Grundlage fußende Gesellschaft, die die Streikversicherung erwerbsmäßig, wie eine Feuerversicherung usw., betreiben sollte. Das Gründungskapital betrug 5 Millionen Mark. Diese Form der Streikversicherung bewährte sich nicht. Namentlich rang sich bei den Unternehmern der Gedanke durch, daß die Versicherung im Anschluß an die berufliche Organisation die zweckentsprechendere sei. Die Streikversicherung auf dieser Basis hat in den letzten Jahren denn auch bemerkenswerte, der Arbeiterschaft als Warnungssignal dienende Fortschritte gemacht. Doch gibt es auch noch einige Versicherungsvereinigungen, die neben der eigentlichen Unternehmerorganisation stehen. Die Verfassungsformen und die gestellten Aufgaben sind nicht einheitlich. Es gibt fakultative und obligatorische Versicherungen, Versicherungen nur für Streiks oder nur für Ausperrungen, dann wieder Kombinationen beider Arten.

Nach einer vom Reichsamt veranstalteten Enquete sind zurzeit 27 100 Unternehmer mit fast zwei Millionen Arbeitern gegen Streiks versichert, das heißt sie werden bei Streiks oder Ausperrungen aus der Vereinskasse nach bestimmten Grundfätzen entschädigt. Wenn auch die Erhebung nicht vollständig sein mag, so läßt sie doch erkennen, daß die Unternehmer auf diesem Gebiete mit der Arbeiterorganisation gleichen Schritt halten, denn deren Streikversicherung umfaßt nicht mehr Personen, als die gegen Streiksichäden versicherten Unternehmer beschäftigen. Rein organisatorisch geht die Organisation der Unternehmer über die der Arbeiter aber beträchtlich hinaus, umfassen die Arbeitgeberverbände doch über 100 000 Mitglieder mit annähernd 4 Millionen Arbeitern.

Die Zentralisation der Streiksichadenversicherung der Unternehmer hat schon ein großes Fundament in den Streiksichadenversicherungsgesellschaften. Die bestehenden Streiksicherungsverbände und -Gesellschaften haben sich nämlich zum Teil zu besonderen Rückversicherungsbereinigungen vereinigt, die an die Streiksicherungsverbände ihrerseits unter bestimmten Bedingungen Entschädigungen zahlen. Dadurch wird verhindert, daß eine Streiksicherungsgesellschaft vielleicht unter der Last einer großen Ausperrung oder eines Generalstreiks in einem Gewerbe zusammenbrechen könnte. Die Gesamtheit tritt da ein, wo die Leistungsfähigkeit des einzelnen Verbandes vermagt. Es wird sich noch als notwendig erweisen, bei den Gewerkschaften Einrichtungen zu treffen, die der gleichen Tendenz entsprechen. Rückversicherungsgesellschaften der erwähnten Art gibt es zwei. Erstens den „Schutzverband gegen Streiksichaden“. Diesem sind die der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände zugehörigen Unternehmerverbände angeschlossen; zweitens die „Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen, Berlin“. Hier handelt es sich um eine Schutzvereinigung der Mitglieder des genannten Vereins sich anschließen können.

Was nun die Beitragsleistung der Unternehmer für die Streikversicherung und die Höhe der von diesen zu leistenden Entschädigungen anlangt, finden wir in den „Mitteilungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ nähere Angaben. Die Beiträge werden entweder nach den gezahlten Lohnsummen, oder pro Kopf der beschäftigten Arbeiter bezahlt; das gleiche gilt vom Eintrittsgeld und von eventuellen Nachschüssen. Das Eintrittsgeld schwankt zwischen 1/10 bis 1 pro 1000 Mark Lohnsumme, der Beitrag zwischen 1 bis 3 pro Mille. Die Vereine, bei denen Nachschüsse vorgesehen sind, können diese bis auf 4 pro Mille einziehen. Natürlich schwanken auch die Entschädigungen. Man darf wohl annehmen, daß den Unternehmern nicht der volle entgangene Gewinn entschädigt werden soll, sondern nur, ähnlich wie bei den Streikunterstützungen der Gewerkschaften, ein gewisses Minimum, das immer nur einen Teil des wirklichen Ausfalls deckt. Die Höhe der Streiksichadenversicherung läßt daher einen Rückschluß zu auf den Gewinn, den der Unternehmer von jedem Arbeiter normalerweise einsteckt. Er kann nicht gering sein, denn im allgemeinen ist die Entschädigung auf 1/4 des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes pro ausgefallenen Arbeitstag festgesetzt. Das bedeutet: Streiken bei einem Unternehmer 100 Arbeiter 10 Tage lang und jeder der Streikenden hätte bisher im Durchschnitt pro Tag 4 Mk. verdient, dann würde aus der Streiksicherungskasse für jeden Streikenden und für jeden Tag eine Mark Entschädigung gezahlt oder für die 10 Streiktage insgesamt 1 000 Mark. Wenn der Unternehmer trotzdem lieber arbeiten als streiken läßt, dann muß sein Gewinn doch wohl erheblich größer sein. Wenn er aber einige Pfennige Lohn mehr zahlen soll, was bei solchen Gewinnen gar nicht viel ausmacht, dann zertert er über den Ruin der Industrie und die Begehrlichkeit der Arbeiter. Was solche Lamentationen für einen Wert haben, darauf kann man sich nach vorstehenden Angaben einen Versuch machen.

Etwas mehr differenziert als bei Streiks sind die Entschädigungssätze bei Ausperrungen; sie sind abgestuft nach der Zahl der Arbeiter oder der Höhe der Gesamtlohnsumme. Um ein Beispiel anzuführen, lassen wir hier die Bestimmungen einer Gesellschaft folgen. Vergütungen bei Ausperrungen: „Bis 1000 Ausgesperrte 25 Prozent, von 1001 bis 2000 Ausgesperrte 20 Prozent, von 2001 bis 4000 Ausgesperrte 15 Prozent, von 4001 bis 8000

Ausgesperrte 10 Prozent und über 8000 Ausgesperrte 5 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes für jeden Ausgesperrten pro Tag und Arbeiter." An Rückversicherungsleistungen zählt der Schutzverband gegen Streikschäden — bei Streiks und Ausperrungen — bis 10 Prozent der auf die feiernden Arbeiter entfallenden Lohnsumme. Die Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zählt bei Streiks 12 1/2 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes für jeden ausfallenden Arbeitstag und bei Ausperrungen, wie oben abgestuft, bis 1000 Ausgesperrte 12 1/2 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes bis herab auf 2 1/2 Prozent bei über 8000 Ausgesperrten.

So haben sich die Unternehmer bereits einen Kriegsapparat geschaffen, der ihre Angriffs- und Wehrkraft ganz außergewöhnlich erhöht. Und man rüstet flott weiter. In nicht zu ferner Zeit werden sicher die meisten Unternehmerverbände Streikversicherungen geschaffen haben, oder sich bereits bestehenden Versicherungen anschließen. Es mag hierbei erwähnt werden, daß es sich dabei um keine Versicherungen in öffentlich rechtlichem Sinne handelt, sondern nach juristischer Definition um Unterstützungseinrichtungen wie die der Gewerkschaften, wobei ein klagbarer Anspruch an die respektiven Klassen ausgeschlossen ist. Es hat das aber lediglich formale Bedeutung. Man vermeidet die rechtliche Versicherung, weil diese gesetzlich der Aufsichtsbehörde untersteht. Kampfverbände wollen aber nicht ihre Stärke Dritten bekanntwerden lassen und nicht in der Verfügung ihrer Gelder beschränkt sein.

Für die Arbeiter ist die Entwicklung der Streikversicherung der Unternehmer von größter Bedeutung, besonders für die Zeiten des wirtschaftlichen Rückgangs und des Ueberangebots von Arbeitskräften. Dem Unternehmer, der nicht genügend Arbeit hereinbekommen kann, dessen Profit bedroht ist, weil es an lohnendem Absatz fehlt, dem aber aus der Streikversicherung eine hübsche Entschädigung in Aussicht steht, ist leicht geneigt, einen Streik zu provozieren; er bekommt ja pro Arbeiter und Streiktag zirka 1 Mk. und mehr Streikunterstützung. Aber auch dann, wenn der Arbeitsmarkt im Zeichen flotter Beschäftigung steht, reizt das Bewußtsein, im Streikfall Entschädigung zu erlangen, die Unternehmer dazu, Forderungen der Arbeiter hartnäckigeren Widerstand entgegenzusetzen. Man wird es leichter auf einen Konflikt ankommen lassen, als wenn die Versicherung nicht als Rettungsanker winkte.

Angesichts dieser Verhältnisse und Entwicklung kann kein Arbeiter, der sich nicht in der leichtfertigen Weise an sein eigenes und an seiner Angehörigen Wohl versündigt will, teilnahmslos beiseite stehen. Er handelt sonst genau wie der Krieger, der mit den Händen in den Taschen ruhig zuschaut, wie sein Feind das Schwert zieht, um ihn zu töten. So benehmen sich nur Narren! Neutrale Arbeiter kann es nicht geben! Entweder der Arbeiter ist organisiert gegen das Unternehmertum, gegen das ausbeutende Kapital, oder er ist ein bewußter dummer Knecht der Unternehmer, ein Feind seiner Arbeitsbrüder, sein eigener Feind!

**Aus dem Reichstage.**

Die ganze Woche, bis zur Unterbrechung der Verhandlungen auf zwei Tage, die am Freitag erfolgte, hat sich der Reichstag mit der Feststellung des Reichshaushaltsetats befaßt. Der Etat für die Verwaltung des Reichs ist bereits beim Kapitel I, „Gehalt des Reichsministers“, gehalten worden, geht es dann bei Beratung der übrigen Kapitel zum. Der Inhalt der Reden wechselt fastidiospartig. Ueber alle zu berichten, ist unmöglich. Nur einiges sei herausgegriffen.

Das Kabinett „Wittmanns-Handlungen“ ist immer noch nicht erschöpft. Gewisse Schicksale nahen Gelegenheiten, darunter hinzuweisen, daß sogar noch recht arg Fälle von Willkürhandlungen zu verzeichnen sind. Auch mit dem gleichen Recht für alle hapert es. Daß ein Mann, der sich offen zur Sozialdemokratie bekant hat, auch dann nicht zur Aufnahme in das Offizierskorps geeignet erachtet wird, wenn ihm die glänzendste Befähigung empfiehlt, darüber ist man sich einig. Aber den Juden blüht das gleiche Schicksal, und die finden sich damit nicht so leicht ab wie die Sozialdemokraten. Seit Jahren ist kein Jude Offizier geworden. Eine Resolution sollte das ändern. Sie verlangt eine Auseinandersetzung, bei welcher der Antisemitismus seit langer Zeit wieder einmal antisemitische Aufregungen zum besten hat. Somit war es still geworden mit den weitestgehenden Ideen des Antisemitismus. Und auch diesmal nahm Herr Reich seine Ausführungen „auf seine Kappe“. Daß seine übrigen Resolutionen nicht verantwortlich für die entwickelten Aufregungen sein sollen, ist eine politische Liquidation des Antisemitismus. Die Resolution, die bespricht, daß bei Beförderung politische und religiöse Gründe kein Hindernis sein sollen, wurde abgelehnt.

Die Willkürhandlungen machen den Zivilbeamten seit Jahren Konkurrenz. Diesen Klagen wurde durch die sog. Fraktion wiederholt Kundgebung gegeben. Sie haben bewirkt, daß eine geringe Besserung der Besetzung der Stellen eingeleitet ist. Aber die Fortsetzung ist unzureichend oder überhaupt nicht zustande gekommen. Von Gehältern wurde betont, daß die Willkürhandlungen billiger toleranzieren und daß man ihnen gegenüber politische Forderungen stellen kann. Alles mit der Folge, daß bei Beförderung der Willkürhandlungen den Beamten in ihrem Einkommen befriedigt werden. Von den Fortschritten des Antisemitismus wird das beteuert.

Eine außerordentliche Sitzung einer Kammer verlangt eine Annahme des nationalsozialistischen Gesetzes, ob es wahr sei, daß in Spanien in aller Heimlichkeit ein Schloß an der Küste gebaut sei. Der Antisemitismus-Schmelz erregte, daß zum letzten Male im Jahre 1909 ein Minister — Glitschew von Sibirien — erschienen war. Es sei dies notwendig zur Erweiterung der Wirkung der Gesetzgebung. Man braucht nicht, wie es Herr Wittmann behauptete, ein Kämpfer für den Reichshaushalt zu sein, um ein solches Verhalten zu verurteilen. Ein ganz anderer, besonderer Mensch kann Schanden darüber empfinden. Die Sozialdemokraten unterstützen dann auch dagegen. Gewiß werden wir Verhältnisse außer Acht gelassen. Daß diese, wie Herr Wittmann meint, Streikversicherungen, legitimiert die Sache nicht. Die haben ihre Verbrechen, zu denen sie selbst — über unsterbliche geschichtlichen Sinnlichkeiten getrieben wurden, mit der Strafe bestraft. Niemand hat ein Recht, und nicht der Staat, ihnen eine Art Erlös über das Grab hinaus anzubieten. Neben dem Erlös, wie die existierenden Verhandlungen zu helfen, können sie solchen Verbrechen nicht mit Erfolg gemacht werden. Es ist ein letzter Versuch, auf ein Gesetz anders zugehen, als ein Gesetz.

Rechtsminister, Staatsminister und Arbeitsminister in den Reichsministerien haben seit dem Beginn der Verhandlungen über die Sozialversicherung als Parlamentarier und Arbeiterminister. Der Frage der Gestaltung von Arbeitsverträgen brauchen sie eine Stellung zu nehmen, die weder gebunden noch gebunden war, und welche bei den Verhandlungen über die Sozialversicherung heraufbeschworen. Inhalt von der Sozialversicherung zu handeln, ihre Bemühungen in Bezug auf Arbeitsverträge und Rechte der Arbeiter zu unterstützen zu machen, wird antwortend zu werden, daß die Sozialversicherung ausschließlich denen in Betracht kommen sollte, die nicht arbeiten.

Im Freitag hat es der sozialistische Arbeitsminister, Reichsminister, der dem Reichstag eine Rede gehalten, wobei er sich an die Arbeiter, gegen die Arbeiter, zu vernehmen. Dieser hat die Sozialversicherung als ein Gesetz gemacht haben. Die Arbeiter können sich die Bestimmung des Gesetzes nicht einmal als Arbeiter

kapitalistischer Interessen betätigt, bei dieser Debatte nicht. Die Zentrumsvorlesung wurde angenommen. Die „weiße Salbe“, die nichts nützt, nichts schadet, aber den Anschein erweckt, es geschieht etwas, kreuzt sich ja der steigenden Beliebtheit bei Regierung und Mehrheitsparteien. Die sozialdemokratische Fraktion hatte eine Resolution eingebracht, die den Reichsminister ersuchte, Arbeiten und Lieferungen für die Heeresverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und sich verpflichten, zur Regelung und Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Wunsch von Tarifverträgen hinzuwirken, sowie die Heeresverwaltung angewiesen, die Festlegung auf die große Belastung der Industrie durch die Sozialgesetzgebung, die die deutsche Industrie gegenüber der des Auslandes nicht konkurrenzfähig bleiben ließe.

Die Resolution wurde abgelehnt, die Debatte über den Etat der Heeresverwaltung geschlossen und der Reichstag bis Dienstag, 7. März, vertagt.

**Noch einmal der Frauentag.**

Die alljährlich erscheinenden Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten sowie die sonstigen amtlichen Veröffentlichungen über den Stand der Arbeiterschaft in Deutschland zeigen mit zwingender Deutlichkeit, daß auch dieser Zweig der Sozialgesetzgebung nicht entfernt den Anforderungen entspricht, die an einen wirksamen Arbeiterschutz gestellt werden müssen. Die Unternehmer stehen der Einführung eines ausreichenden Arbeiterschutzes ablehnend gegenüber und begründen ihre Haltung mit dem Hinweis auf die große Belastung der Industrie durch die Sozialgesetzgebung, die die deutsche Industrie gegenüber der des Auslandes nicht konkurrenzfähig bleiben ließe.

Trotzdem muß die Arbeiterschaft darauf bestehen, daß Einrichtungen geschaffen werden, die sie vor gesundheitlichen Schäden bewahrt, denen sie im Arbeitsprozeß ausgesetzt ist. Eine Industrie, die nur konkurrenzfähig ist auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten, hätte keine Existenzberechtigung und wäre nicht wert, aufrechterhalten zu werden. Im übrigen entbehren die Behauptungen der Unternehmer jeder Begründung.

Ein ausreichender Arbeiterschutz, und dazu gehören unter anderem geordnete Arbeitszeit, gesunde Arbeitsräume, Schutzvorrichtungen an den Maschinen, würde den Gesundheitszustand der Arbeiter und Arbeiterinnen und damit zugleich deren Leistungsfähigkeit nicht unbedeutend heben. Dies läge auch durchaus im Interesse des Unternehmertums und der Industrie. Eine vorzüglich gut entwickelte Arbeiterschaft würde aber auch sich auf eine höhere Stufe stellen können und dann leichter in der Lage sein, die drückende Lage, in der die arbeitende Bevölkerung lebt und die Gründe hierfür zu erkennen, als dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Fall ist. Diese Entwicklung fürchten die Unternehmer. Noch heute ist weiten Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht bekannt, daß die Ursache des Sträubens des Unternehmertums nicht die Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber der des Auslandes ist, sondern das Streben, die Betriebskosten möglichst niedrig zu halten, um recht hohe Verdienste zu erzielen. Nur aus diesem Grunde stehen sie bis jetzt voran, während, durchaus unzureichenden Arbeiterschutzvorschriften bis heute noch sehr häufig bloß auf dem Papier. Somit wäre es z. B. nicht möglich, daß durchschnittlich in Deutschland 400 000 Unfälle im Jahre gemeldet werden müssen, von denen über 7000 tödlich verlaufen.

Die behördlicherseits eingesetzte Gewerbeaufsicht ist nicht imstande, die Betriebe daraufhin zu kontrollieren, ob die Einrichtungen den behördlichen Anordnungen entsprechen, da einmal die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten hierzu nicht ausreicht, auch die Art der Kontrolle nicht geeignet ist, die vorhandenen Ungeheuerlichkeiten erkennen zu lassen. Bis zum Schluß des Jahres 1909 hatten wir in Deutschland nur 484 Gewerbeaufsichtsbeamte für 264 431 revisionspflichtige Betriebe. Es ist deshalb erklärlich, daß immer nur etwas mehr als die Hälfte dieser Betriebe kontrolliert werden konnten. Um die vorhandenen Schäden und Ungeheuerlichkeiten zu erkennen, müßten auch Leute aus Arbeiterkreisen zu den Kontrollen herangezogen werden. Aber alle Forderungen, die Gewerbeaufsicht nach dieser Richtung zu ergänzen, die Zahl der Beamten zu vermehren, um eine wirksame Kontrolle zu ermöglichen, waren bisher vergeblich, ebenso das Verlangen, weibliche Beamte in größerer Zahl heranzuziehen. Bis jetzt sind erst 29 Frauen in der Gewerbeaufsicht tätig. Bei der großen Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen ist aber die Heranziehung weiblicher Kräfte namentlich in Rücksicht auf die Durchführung des sanitären Arbeiterschutzes eine dringende Notwendigkeit.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben ein Recht zu verlangen, daß sie geschützt werden gegen die Gefahren, die ihnen bei der Arbeit erwachsen. In sie sind aus Gründen der Selbsterhaltung hierzu sogar verpflichtet. Die Schädigungen der Erwerbsverhältnisse bedeuten für sie Einbuße ihrer Arbeitsfähigkeit und deshalb Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Hiergegen anzulämpfen liegt im Interesse jedes einzelnen sowie der Gesamtheit, auch derjenigen, die nicht direkt erwerbstätig sind, wie z. B. eine Anzahl Arbeiterfrauen. Die Schädigung des einzelnen Familienmitgliedes wirkt auf die Verhältnisse auch der andern zurück, ebenso wie der Vorteil des einzelnen in der Regel allen Familienmitgliedern zugute kommt.

Weil aber die Schaffung eines ausreichenden Arbeiterschutzes für die Unternehmer die Gefahr auf Rückgang ihres Profites bedeutet, werden diese freiwillig niemals einen solchen einführen. Der Einfluß des vereinigten Unternehmertums auf die Regierung und die Parteien, die heute noch in den Parlamenten die Mehrheit haben, ist aber so groß, daß die Arbeiterschaft nicht darauf rechnen kann, in absehbarer Zeit einen ausreichenden gesetzlichen Arbeiterschutz zu erhalten. Die Forderungen der Arbeiterschaft liegen sich aber ohne Schaden für die Industrie heute schon erfüllen. Verschäftigung werden sie aber trotzdem erst dann finden, wenn die Gesetzgebung wirksamer wird, eine Interessenvertretung eines verhältnismäßig kleinen Teils der Bevölkerung zu sein.

Die männliche Bevölkerung kann hierzu beitragen, da ihr das Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften zusteht. Dies Recht nun auch den erwachsenen Mädchen und den Frauen zu erringen, ist Aufgabe des Frauentages.

Die parlamentarischen, die an diesem Tage stattfinden, müssen durch den Massenbesuch aus den Reihen der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zeigen, daß diese die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts erkannt haben und gerufen sind, für die Erringung dieses Rechtes energisch einzutreten. Das politische Wahlrecht ist eine bedeutende Waffe im Kampfe für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Die politische Gleichberechtigung würde der beständigen weiblichen Bevölkerung die Möglichkeit geben, diesen Kampf von der männlichen Bevölkerung allein getrennt zu führen und auf diese Weise schneller zu erreichen, daß neben andern auch die in Bezug auf Arbeiterschutz gestellten Forderungen Beachtung finden.

**Zement- und Ziegel-Industrie**

**Die entrüsteten Ziegeleibesitzer.**

Als kürzlich die verschiedenen Ziegeleibesitzerorganisationen mit der diesen Unternehmergruppen besonders eigenen brutalen Rücksichtslosigkeit beschloßen, für die Kampagne 1911 keine Erhöhung der Arbeitslöhne zu gewähren, hielten wir es für unsere Pflicht, diese Beschloße gebührend zu brandmarken. Wir wiesen darauf hin, daß die seitherige ungerechte Verteilung des Arbeitsertrags noch eine weitere Verschlechterung erfahren soll, indem die Ziegeleibesitzer, die doch weiter nichts als ihren Gefehls rückeren, den Segen des nun beginnenden wirtschaftlichen Aufschwungs allein einzustreichen gedenken, während die Ziegelearbeiter, die nicht nur ihre Gesundheit, sondern oftmals auch ihre Glieder und Leben opfern müssen, wiederum um ihren Anteil betrogen werden sollen indem die Ziegelproben einfach beschloßen. Dem Skloven die Arbeit, den Herren der Lohn.

Dieser Hinweis hat einigen Ziegeleibesitzern, die wohl über ein

weniger robustes Gewissen verfügen, offenbar recht unangenehm in die Ohren geklungen, denn in der „Deutschen Zücker- und Zieglerzeitung“, dem Organ verschiedener Ziegeleibesitzerorganisationen, wurde unser Artikel zum großen Teil abgedruckt und dann nach Unternehmerart, mit wenig Geist aber viel Gift, „widerlegt“. Betrachtet wir uns diese Widerlegung. Zunächst heißt es da:

„Es ist bedauerlich, daß der „Proletarier“ nicht sagt, wo die Ziegelpreise seit 1909 mehr oder weniger gestiegen sind. Wir haben bisher von „diesem natürlichen Segen des wirtschaftlichen Aufschwungs“ noch nichts gemerkt, noch viel weniger denselben eingeträchtigt. Die Bereitwilligkeit, den Ertrag industrieller Werke mit den Besitzern zu teilen, wollen wir gern und dankbar anerkennen; wie ist es aber mit den Verlusten?“

Wenn es etwas zu bebauern gibt, so ist es sicher das Unternehmervorgang, das regelmäßig über die Preise des Ziegelmarktes berichtet und trotzdem von dem Steigen der Ziegelpreise so gar nichts wahrgenommen hat. Der „Proletarier“ hat schon in seiner Nr. 15 vom 9. April 1910 gesagt, wo und in welcher Höhe die Ziegelpreise im Jahre 1909 eine Steigerung erfahren haben, und wenn die Schreiber der „Zücker- und Zieglerzeitung“ damals die Augen und Ohren etwas mehr geöffnet hätten, so würden sie sicher, etwas davon „gemerkt“ haben und brachten jetzt den Mund nicht so weit aufzureißen.

Wenn nun die Frage aufgeworfen wird, wer denn die Verluste trage, wenn die Arbeiter den Ertrag industrieller Werke mit den Besitzern teilen, so sei dieselbe damit beantwortet, daß die Verluste noch stets von den Arbeitern mitgetragen wurden, und zwar in Form von niedrigen Arbeitslöhnen, langer Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit und „mühsamen Mühsanden“. Die Ziegeleibesitzer sind in der Regel nicht produktiv tätig, und das in ihrem Besitz befindliche Kapital ist auch nicht durch produktive Arbeit von ihnen oder ihren Vorfahren erworben worden, sondern es ist durch Ueberverteilung der Arbeiter angehäuftet Mehrwert, so daß die Unternehmer selbst gar keine Verluste tragen können. Das, was die Ziegeleibesitzer Verluste nennen, ist entweder geringerer Gewinn aus der Arbeit anderer, oder im schlimmsten Fall eine Einbuße von früher vorkonsumiertem Arbeitslohn. So wurden auch die Verluste, die die letzte Krise der Ziegelindustrie beibrachte, nur von den Arbeitern getragen, indem ihnen die Löhne gekürzt und durch Einschränkung der Produktion die Arbeitsgelegenheit erschwert und entzogen wurde. Sie hatten dadurch samt ihren Familien Not und Entbehrung aller Art zu tragen, während die Ziegeleibesitzer nur einen geringeren oder auch gar keinen Gewinn einheimsten, aber Nachsorgeblieben ihnen unbekannt, da sie in den vorhergehenden Jahren der guten Konjunktur ihren Geldsack gefüllt hatten, aus dem sie zehren konnten. Diesen „Verlust“ suchten die Ziegeleibesitzer nun wieder wett zu machen, indem sie die höheren Ziegelpreise für sich beanspruchten und den Arbeitern zumuten, für die gekürzten Löhne weiter zu schaffen.

Das genannte Unternehmerblatt schreibt dann weiter: „Die vorstehenden Ausführungen beweisen aufs neue, daß die sozialdemokratischen Agitatoren nichts anderes und nichts weiter sind als Gehpösel, die gar nichts anderes wollen, als durch solch wüstes Geschwätz unsere Arbeiter ihre Lage zu verelken und zu verelken. Alle wirklichen Ziegelearbeiter wissen ebensogut als die Ziegeleibesitzer, daß die Löhne und die Arbeitsbedingungen in den Ziegeleien eine stetige Besserung erfahren haben. Seitdem jedoch die Notlage der Ziegelindustrie durch die übermäßige Konkurrenz und Ueberproduktion längst dahin geführt hat, daß die meisten Werke unrentabel geworden sind, und seitdem unverantwortliche Geher berufsmäßig die Arbeiterschaft zu unbilligen Forderungen aufstacheln und reizen, sind die Ziegeleibesitzer gezwungen, sich ihrerseits zu organisieren, um ihre Interessen zu wahren.“

Ein häßliches Weid sieht nicht gern in den Spiegel, und die Ziegeleibesitzer hören nicht gern die Wahrheit. „Wüstes Geschwätz“ nennen sie es, wenn ihr wüstes Treiben gekennzeichnet wird, und wir verhehlen diese Enttäuschung. Ergibt sich doch durch dies „wüste Geschwätz“ die Gefahr, daß den Ziegelearbeitern, die seither in Unterwürfigkeit ihren „Herren“ dienen, die Augen geöffnet werden könnten, um ihre erbärmlichen Arbeitsverhältnisse zu erkennen. Doch, das sie bislang geduldig getragen haben, auch in Zukunft Das ist es, was die Herren fürchten; die Ziegelearbeiter sollen das weiter tragen, damit die Herren, mit der Peitsche bewaffnet, frei nebenher gehen können.

Schäfst lächerlich wirkt die Behauptung, wir wollten den Ziegeleibesitzern ihre Lage verelken und verelken. Die Ziegeleibesitzer, wie die heutigen oft noch schmerzlichen Arbeitsverhältnisse verschulden und ihre Besserung verhindern, sind demnach die guten arbeiterfreundlichen Kerle, und wir, die auf diese Verhältnisse aufmerksam machen, um sie zu bessern, sind die Gehpösel. Wir sind mit diesem Titel zufrieden, denn er beweist, daß wir unserer Aufgabe gerecht werden. Wenn nun auch die Löhne und Arbeitsbedingungen in dem letzten Jahrzehnt eine Besserung erfahren haben, so ist diese durchaus nicht auf die Einsicht der Ziegeleibesitzer zurückzuführen, denn diese haben noch stets gegen jeden Besserungsversuch den größtmöglichen Widerstand geleistet, selbst die geringste Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung mußte ihnen abgerungen werden. Was also in dieser Beziehung gebessert wurde, geschah gegen den Willen der Ziegeleibesitzer, und nur dadurch, daß die Arbeiter durch das „wüste Geschwätz der Gehpösel“ zur Erkenntnis ihrer elenden Verhältnisse und ihrer Macht gelangten. Das sollte sich das Sprachrohr der Ziegeleibesitzer hinter die Ohren schreiben.

Komisch klingt auch das Wort von der Notlage der Ziegeleibesitzer. Zu einer Zeit, wo die Ziegeleibesitzer Sprichwörter nach London, Budapest usw. machen können, deren Kosten den Jahresverdienst mancher Ziegelearbeiter übersteigen, wo diese Herren Zehnpfundspenden machen und den Bauunternehmern die Verbandskassen zu füllen vermögen, da sollte man mit solchen Worten vorfichtiger umgehen, sonst könnte die „Notlage“ der Ziegeleibesitzer leicht dieselbe Bewertung finden, wie die sprichwörtliche Notlage der Landjunkter. Wenn aber die Ziegeleibesitzer wirklich Not leiden, so rufen wir ihnen dringend, doch unter die Ziegelearbeiter zu gehen, dann hat nach ihrer eigenen Ansicht doch alle Not ein Ende. Die Herren schreiben doch, daß es den Ziegelearbeitern ganz famos geht, und das könnten sie doch auch haben, sie brauchen nur die Ziegeleien oder die Schaufel zur Hand zu nehmen. Solange sie das aber nicht tun, wird es uns niemand betargen können, wenn wir annehmen, daß die Arbeit eines Ziegeleibesitzers leichter, angenehmer und einträglicher ist als die der Ziegelearbeiter.

Man zu den „unbilligen Forderungen“ der Ziegeleiarbeiter, wozu sie angeblich nur von den „Hochern aufgestachelt“ werden. Was erheben wir denn für Forderungen? Vor allen Dingen einen unserer Arbeit angemessenen und den Lebensmittelpreisen entsprechenden Arbeitslohn. Ist diese Forderung unbillig? Das könnte doch nur von Menschen behauptet werden, die an Kretinismus leiden. Jedenfalls ist das Einkommen der Ziegeleiarbeiter etwas höher als der Verdienst der Ziegeleiarbeiter, und diese haben nicht nur dieselben Lebensmittelpreise zu zahlen, sondern auch schwerere Arbeit zu verrichten. Ferner verlangen wir eine Reduzierung der Arbeitszeit auf vorläufig 10 Stunden täglich. Wir wissen wohl, daß so mancher Ziegeleibesitzer eine längere „Arbeitszeit“ hat, wenn man die Reispfunden, Spaziergänge, Automobilfahrten usw. berechnet. Kommt aber nur die produktive Arbeit in Betracht, so hat die Mehrzahl nur eine ganz geringe oder gar keine Arbeitszeit. Wir haben sogar die Wahrnehmung gemacht, daß die Arbeitszeit der Ziegeleiarbeiter in den Betrieben am kürzesten ist, wo die Arbeiter am längsten schufteten müssen. Da aber die Ziegeleiarbeit, wie die Ziegeleibesitzer immer behaupten, sehr gesund sein soll, so wollen wir ihnen etwas davon ablassen und uns mit 10 Stunden täglich begnügen. Wir sind also überzeugt, daß unsere Forderungen nicht nur billig und gerecht, sondern auch leicht durchführbar sind, wenn die Ziegeleiarbeiter hinter diesen Forderungen den nötigen Druck durch die Organisation setzen. Also an die Arbeit, Kollegen, zeigt den Ziegeleibesitzern, daß die Zeit, wo man euch als rechtlose Lohnsklaven zu betrachten und zu behandeln pflegte, nun ihrem Ende entgegengeht.

**Ziegeleiarbeiter-Behandlung.**

Die Behandlung, die den Ziegeleiarbeitern von ihren Arbeitgebern — den Ziegeleibesitzern, hauptsächlich aber von den sogenannten Ziegelmeistern — häufig zuteil wird, liefert den Beweis, daß man die Ziegeleiarbeiter auch heute noch als Personen minderen Rechts, als Menschen zweiter Klasse betrachtet. Der nachstehende Fall bestätigt das. In der Kampagne 1910 wurde einem Ziegler auf der Ziegelfabrik Dierks in Wilschhausen an der Unterelbe von einem Mitarbeiter ein Ziegelstein auf den Arm geworfen, so daß der Arm bis answoll und Arbeitsunfähigkeit des Zieglers die Folge war. Es war dies am 25. Juli. Am 29. Juli wurde der Ziegler von dem Ziegelmeister Heinrich Hülsmann aus Wahrentrup in Lippe aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen, was dieser aber mit Rücksicht darauf, daß der Arm noch immer stark angeschwollen war und bei jeder Bewegung heftig schmerzte, ablehnte. Der Ziegelmeister Hülsmann drohte ihm nun mit einer Tracht Prügel, wenn er nicht arbeiten wolle, worauf der Ziegler erwiderte, daß er dann lieber das Arbeitsverhältnis lösen wolle, denn mit seinem kranken Arm könne er nicht arbeiten. Der Meister ging nunmehr zu Tätlichkeiten über, geriet der Ziegler aus der Unterelbstube, schlug ihn und stach nach ihm mit einem Spaten. Dem Verlangen des Zieglers, ihm doch seinen einbehaltenen Lohn, seinen Koffer, seine Papiere und etwa 20 Pfund Speck, den er aus der Heimat mitgebracht hatte, herauszugeben, begeherte der Meister mit der Antwort, er werde ihm beim Verlassen der Ziegelfabrik die Knochen zerbrechen. Nachdem der Ziegler etwa eine Stunde auf der Straße gestanden hatte, brachte ihm der Meister Arbeitsbuch und Invalidekarte. Auf die Frage des Zieglers, wo denn sein Geld und die übrigen Sachen blieben, ermunterte der Meister einen andern Arbeiter, der in der Nähe Steine aufstapelte, er solle doch den Kerl einmal mit Ziegelsteinen bewerfen.

Der betreffende Ziegler war bei dem Meister Hülsmann 19 Wochen zu einem Wochenlohn von 23 Mk. beschäftigt, wovon er 75 Mk. in bar erhalten hatte. Von den verbleibenden 362 Mk. waren noch die Verdienungsbeiträge und die Kosten für gelieferte Verpflegung und Lebensmittel in Abzug zu bringen. Der mißhandelte Ziegler wandte sich nun an unsern Geschäftsführer in Stade, der die Klage am Amtsgericht in Freiburg a. d. Eibe anhängig machte, mit dem Erfolg, daß der Meister, bevor der Termin stattfand, den Lohn und den Speck herausgab. Den Koffer behielt der Meister aber zurück, das heißt er weigerte sich, diesen dem Eigentümer zuzustellen, und der Ziegler getraute sich nicht, denselben abzuholen, mit Rücksicht auf die von dem Meister ausgesprochenen Drohungen. Als sich dann am Schluß der Kampagne der Ziegler demnach einstellte, um seine Sachen zu holen, war der Koffer zum größten Teil seines Inhalts beraubt; nur einige Wäschestücke, die schon benutzt waren, hatte man liegen lassen. Obwohl der Meister dadurch, daß er die Herausgabe verweigerte und verhinderte, die Verantwortung für die einbehaltenen Sachen übernommen hatte, lehnte er nun diese ab. Es ist zwar Strafanzeige erstattet, da aber die Spitzbuben unbekannt sind dürfte diese resultatlos verlaufen.

Es ist dies einer der Vorgänge, die sich alljährlich zu Hunderten in der Ziegelfabrik abspielen, die aber infolge der Organisationslosigkeit der Ziegeleiarbeiter nur selten an die Öffentlichkeit gelangen. Aber die wenigen Stichproben, die bekanntwerden, sollten genügen, um den Ziegeleiarbeitern den Weg zu zeigen, den sie einschlagen müssen, wenn sie sich vor Ausbeutung, Unterdrückung und Mißhandlung schützen wollen. Gerade der vorliegende Fall sollte ihnen zum Bewußtsein bringen, daß sie ohne Organisation mehrlos den Klauen der Ausbeuterhunde ausgeliefert sind, es sollte für alle Ziegeleiarbeiter ein Warnungsruf sein, nicht länger mehr auf ihre einzige Waffe, auf die Einigkeit, zu verzichten, denn nur an dieser wird alle Willür und Uebermut der Arbeiterfeinde zerfallen. Der hier geschilderte Vorgang kann sich jederzeit wiederholen, und dem kann vorgebeugt werden durch den Anschluß an unsere Organisation.

**Ein Muster-Vorarbeiter.**

Herr Karl Dehwein, Vorarbeiter und Kantinenwirt bei der Firma Treueman, Salzziegelwerk in Rheinzabern, zählt augenscheinlich auch zu jenen Seelen, deren Lebensinhalt zum großen Teil von der Befriedigung ausgefüllt wird, aus der ihnen unterstellten Arbeiterenschaft das Menschlichste herauszuholen, ohne in geringsten auf diese Rücksicht zu nehmen. Genannte Ziegelfabrik gehörte bis zum November vorigen Jahres dem Bürgermeister Herrn Josef Heid von Neupföb. Seitdem der Betrieb in andere Hände ist, schließt dem Herrn Karl Dehwein gar gewaltig der Kamm. Wahrscheinlich deshalb, weil er von dem jetzigen Besitzer nicht mehr so wie ein Schutzherr abgesehen wird, wie dies früher unter der Leitung des Herrn Heid der Fall war. In jedem Betriebe, wo auch nur halbwegs geregelte Zustände zu treffen sind, ist es Mode, daß die Mittags-, Frühstücks- und Vesperpausen eingehalten werden. Anders liegen die Verhältnisse bei der Firma Treueman. Schlag für Schlag ertönt immer 3 bis 4 Minuten vor der wieder zum Arbeitsanfang selbsteigenden Zeit das Kommando „Auf!“ des Kantinenwirts Dehwein. Mit Rücksicht auf das anmaßende Benehmen des Mannes (denn bis jetzt ist der Arbeiterchaft noch nichts bekannt, daß der Befehl, eher aus der Kantine zu gehen, auch wirklich von Herrn Treueman veranlaßt wurde) schneiten die Leute nicht gleich wie Gummipuppen in die Höhe, wodurch ihm gewöhnlich wiederum Anlaß zum Ankreischen gegeben wird. Es wäre nicht mehr wie recht und billig, wenn man den Arbeitern, die für 26 Pf. die Stunde im Schlamme bis an die Knie in der Tongrube sitzen müssen, ihre halbstündige Frühstücks- und Vesperpause gönnen würde. Das einfachste wäre, die Arbeiter blieben aus der Kantine, bis sich der Mann andre Manieren angeeignet hat.

**Strafgefangene in Ziegelfabriken.**

Der Zustrom von ausländischen Ziegeleiarbeitern ist heute nicht mehr in der Lage, die stets steigende Sucht der Ziegeleiarbeiter nach billigen Arbeitskräften zu befriedigen, so daß schon die Korrekturen, Anstalten und Gefängnisse ihre Türen öffnen müssen. Für die Gefangenen bedeutet die Beschäftigung in den Ziegelfabriken natürlich eine Verschärfung ihrer Strafe, denn sie haben außer der schweren aufreißenden Arbeitsleistung auch noch ihre Knochen zu riskieren. So verurteilte am 13. August 1909 ein Strafgericht, als er in einer Ziegelfabrik mit Lehmgraben beschäftigt war, durch den Einsturz einer unterhöhlten Lehmbauwand als dann der Ziegeleibesitzer deswegen von der Unfallversicherungsgesellschaft mit 25 Mk. Geldstrafe belegt wurde, daß derselbe noch die unglückliche Kühnheit, Beschwerde gegen diese Strafe zu erheben. Als Grund gab er an, daß er in diesem Falle für die Zurechnung der Unfallversicherungsgesellschaft nicht verantwortlich gemacht werden könne, denn

er habe dem Aufseher der Strafgefangenen das Unterhöhlen der Grabenwände verboten; der Aufseher unterstände aber nicht seiner Aufsicht, sondern derjenigen der Strafanstalt. Das Reichsversicherungsamt hat die Beschwerde am 9. Januar 1911 mit folgender Begründung zurückgewiesen: „Der Beschäftigte gibt zu, daß der Verunglückte am Unfalltag in der Grube bei der Lehmbauwand unterhöhlen hat. Damit ist in Uebereinstimmung mit dem Ergebnis der Unfalluntersuchung erfolgt, daß in dem Betriebe des Beschäftigten gegen die Abbauvorschriften der Ziegelei-Berufsgenossenschaft verstoßen worden ist. Für Zurechnung der Unfallversicherungsgesellschaft ist aber der Betriebsunternehmer dem Genossenschaftsvorstande gegenüber verantwortlich. Seine Entschuldigend, er habe dem Aufseher der Strafgefangenen das Unterhöhlen verboten, kann nicht in die Waagschale fallen. Denn dieses Verbot ist, wie der Hergang des Unfalls gezeigt hat, nicht wirksam gewesen. Der Unternehmer hätte aber dafür sorgen müssen, daß die von der Berufsgenossenschaft erlassenen Unfallverhütungsvorschriften in seinem ganzen Betriebe wirklich befolgt wurden. Dies war schon deshalb erforderlich, weil, wie der Genossenschaftsvorstand berichtet und die vom Reichsversicherungsamt veranlaßte Vernehmung des Gefangenenaußensehers bestätigt hat, außer den Strafgefangenen freie Arbeiter in dem Betriebe beschäftigt wurden. Wenn auch dem Beschäftigten darin beigetreten werden kann, daß ihm eine unmittelbare Einwirkung auf die Arbeitsweise der von ihm beschäftigten Strafgefangenen nicht zuzurechnen mag, so muß ihm überlassen bleiben, solche Maßnahmen zu treffen, daß auch die in seinem Betriebe beschäftigten Strafgefangenen die für diesen Betrieb gültigen Unfallverhütungsvorschriften befolgen. Dies hat er nicht in ausreichendem Maße getan. Die Bestrafung ist deshalb zu Recht erfolgt.“

Man muß schon Ziegeleibesitzer sein, um gegen eine solche gelinde und mindestens wohlverdiente Strafe protestieren zu können. Diese Freiheitsliebhaber denken wohl die Gesundheit der Arbeiter auszunutzen und zu verbrauchern, aber die Verantwortung dafür suchen sie vor sich abzuwälzen. Aber auch die Strafanstaltsbehörde handelt im höchsten Maße unverantwortlich, wenn sie die ihnen anvertrauten Gefangenen in Betriebe dirigiert, wo diese Gesundheit, Glieder und Leben opfern müssen, wozu sie keineswegs verurteilt sind.

**Papier-Industrie**

**Sonntagsarbeit und „Sonntagsruhe“ in der Papierindustrie.**

I. „Wenn das Festhalten an der langen Arbeitszeit seitens unsern bürgerlichen Kreise bisher Unverständnis und Vorurteil gewesen ist, so wird das weitere Festhalten für die Zukunft Frevel zu nennen sein!“ Prof. Abbe-Zena in einem Vortrag über den Achtfundentag.

„Du sollst den Feiertag heiligen.“ So steht wenigstens in den alten mosaischen Gesetzen geschrieben, und so wird unsern Kindern gegenwärtig noch in der Schule gelehrt. Das „Borbild Gottes“ soll dadurch nachgeahmt werden, denn „am siebenten Tage ruhte der Herr von allen seinen Werken; darum segnete der Herr den Sabbat (Sonntag) und heiligte ihn“. Die Herren Kapitalisten, die am Sabbat arbeiten lassen, schinden und plagen also nicht nur ihre Arbeiter und untergraben deren Gesundheit und Familienglück, sondern lästern Gott und übertreten seine Gebote. Der siebente Tag der Woche galt selbst bei den Völkern des Altertums als Ruhetag. Im 2. Mos. 1, 13 heißt es: „Und die Ägyptier zwangen die Kinder Israels zum Dienst mit Unbarmherzigkeit“, aber den siebenten Tag ließen auch sie ihnen als Ruhetag. „Bevor die Arbeitsweise der kapitalistischen Produktionsweise aufkam, war die Zahl der Tage im Jahre, wo gar nicht oder nur wenige Stunden gearbeitet werden durfte, sehr groß. Die Zahl der katholischen Feiertage betrug bis ins vorige Jahrhundert nicht weniger als 150, davon 90 strenge, wo jede Arbeit unterbleiben mußte. Aber diese Feiertage genügten den Gesellen nicht; sie brauchten noch mehr freie Zeit, und nicht bloß zu Vergnügungen, wie die Arbeiterfeinde behaupteten; so verlangten sie z. B. ausdrücklich Zeit, um ihre gewerkschaftlichen Angelegenheiten zu besorgen, und Zeit, um sich in den Waffen zu üben und zu baden, worauf im Mittelalter viel gehalten wurde. Daher ertritten sie sich zu den kirchlichen Feiertagen noch Ganz- und Halbfeiertage, u. a. auch den blauen Montag. Der Kampf um den blauen Montag war für die Junggeheulen dasselbe, was für uns der Kampf um den Achtfundentag ist. So gelangten die Handwerksgehlen dahin, daß sie in der Woche im Durchschnitt nur vier Tage arbeiteten, und in diesen vier Tagen soviel verdienten, um sieben Tage lang gemächlich leben zu können, eine Erscheinung, die die Vertreter des aufkommenden Kapitalismus natürlich mit großer moralischer Entrüstung erfüllte.“ (Grohne: Arbeit und Kultur.)

Der Kapitalismus entwickelte erst das verhängnisvolle Wesen, das wir heute mit „Ueber- und Sonntagsarbeit“ bezeichnen und unter dem die Arbeiter der Papierindustrie so schwer zu leiden haben. Der Kapitalismus konstruierte auch die ungeheuerliche Lehre: der Arbeitstag zählt täglich volle 24 Stunden nach Abzug der wenigen Ruhestunden, ohne die die Arbeitskraft ihren erneuten Dienst absolut verweigert.

Selbst den Sonntag hat der Arbeiter nach der Meinung der Kapitalisten nicht zu beanspruchen, sitemalen er, wie im achtzehnten Jahrhundert die Defonomen des Kapitalismus versicherten, „von Natur zur Faulheit neigt“, so daß es höchst verdienstlich sei, ihn möglichst lange arbeiten zu lassen.

Der kapitalistische Heißhunger nach Mehrwert, d. h. Mehrarbeit, zertrümmert jede Schranke von Sitte und Natur, Alter und Geschlecht, Tag und Nacht sowie Wert- und Feiertag. Das Kapital überrennt nicht nur die moralischen, sondern auch die rein physischen Maximalschranken des Arbeitstages. Es usurpiert die Zeit für Wachstum, Entwicklung und gesunde Entfaltung des Körpers. Es raubt die Zeit, die der Verzehr an frischer Luft und Sonnenschein erheischt. Es verkürzt und raubt die Zeit zur Mahlzeit und schlägt sie womöglich ganz zum Produktionsprozeß. Dem Arbeiter wird als bloßem Produktionsmittel Speise zugefetzt, wie dem Dampfkessel Kohle und der Maschine Talg und Öl. Die normale Erhaltung der Arbeitskraft als Schranke des Arbeitstages läßt das Kapital nicht bestehen; es bestimmt umgekehrt, die größte täglich mögliche Verausgabung der Arbeitskraft sei die Schranke für die Reizzeit des Arbeiters. Es fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft. Fürchterliche Wahrheiten sind es, die den Auspruch von Karl Marx rechtfertigen: „Die kapitalistische Produktion, die wesentliche Produktion von Mehrwert, Einjaugung von Mehrarbeit ist, produziert mit der Verlängerung des Arbeitstages nicht nur die Verkümmern der menschlichen Arbeitskraft, die ihrer normalen moralischen und physischen Entwicklungs- und Tätigkeitsbedingungen beraubt wird, sie produziert die vorzeitige Erschöpfung und Abtötung der Arbeitskraft selbst. Sie verlängert die Produktions-

zeit der Arbeiter während eines gegebenen Terms durch Verkürzung seiner Lebenszeit.“

Der Kapitalismus ist rücksichtslos und unerfättlich. Selbst der kapitalistische Staat sieht sich genötigt im Selbsterhaltungstrieb, Gesetze zu schaffen, die der Ausbeutung der Kapitalisten wenigstens auf dem Papier Einhalt gebieten. § 146a der Reichsgewerbeordnung besagt: Mit Geldstrafe bis zu 600 Mk., im Unvermögen alle mit Haft, wird bestraft, wer den §§ 105 b bis 105 g oder den auf Grund derselben erlassenen Anordnungen zuwider Arbeitern an Sonn- und Festtagen Beschäftigung gibt.“ Die Staatskasse könnte hier ein hübsches Stück Geld verdienen, wenn die Kontrolle entsprechend ausgeübt werden könnte und würde. Aber es fehlt hier in den meisten Fällen der Kläger und damit auch der Richter. Die Institution der Gewerbeinspektion, wie sie gegenwärtig ist, ist zu einer wirklichen und durchgreifenden Kontrolle absolut unzulänglich. In Sachsen gab es z. B. 1909 für 27 722 der Gewerbeaufsicht unterstellte Betriebe 13 Gewerbeärzte und drei Vertrauenspersonen. 6903 Betriebe konnten überhaupt nicht revidiert werden. Von 4048 revisionspflichtigen Betrieben der Papierindustrie sind im Jahre 1909 1044 Betriebe nicht revidiert worden. Interessant wäre nun, zu erfahren, wieviel Papierfabriken, Holzschleifereien usw. sich unter den 1044 nicht revidierten Betrieben befinden. An Papier-, Holz-, Strohhof- und Zellulosefabriken gibt es nämlich in Sachsen „nur“ 569 revisionspflichtige Betriebe, und in ganz Deutschland gibt es deren 1700.

Zum besseren Verständnis lassen wir die gesetzlichen Bestimmungen über Sonntagsarbeit und Sonntagsruhe in der Papierindustrie folgen.

§ 105 der Reichsgewerbeordnung. „Die Festsetzung der Verhältnisse (Lohn, Arbeitszeit usw.) zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden (Fabrikanten, Unternehmern) und den gewerblichen Arbeitern ist, vorbehaltlich der durch Reichsgesetz begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier Uebereinkunft.“

§ 105a. „Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Arbeitgeber die Arbeiter nicht verpflichten. Arbeiten, welche nach den Bestimmungen dieses Gesetzes auch an Sonn- und Festtagen vorgenommen werden dürfen, fallen unter die vorstehende Bestimmung nicht.“

§ 105b. „In Fabriken und Ziegelfabriken aller Art dürfen Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden. Die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe hat mindestens für jeden Sonn- und Festtag vierundzwanzig, für zwei aufeinanderfolgende Sonn- und Festtage sechsunddreißig, für das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest achtundvierzig Stunden zu dauern. Die Ruhezeit ist von 12 Uhr nachts zu rechnen und muß bei zwei aufeinander folgenden Sonn- und Festtagen bis sechs Uhr abends des zweiten Tages dauern. In Betrieben mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht kann die Ruhezeit frühestens um sechs Uhr abends des vorhergehenden Werktags und spätestens um sechs Uhr morgens des Sonn- und Festtags beginnen, wenn für die auf den Beginn der Ruhezeit folgenden vierundzwanzig Stunden der Betrieb ruht.“

„Zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens“ können von der Behörde Ausnahmen zugelassen werden. Eine solche Befreiung ist schriftlich zu erteilen und Polizei oder Gewerbeinspektion bei einer ev. Revision vorzulegen. Eine Abschrift der behördlichen Verfügung ist innerhalb der Betriebsstätte an einer den Arbeitern leicht zugänglichen Stelle auszuhängen. (§ 105f der Reichsgewerbeordnung.)

Die Statistik der Behörden berichtet leider nur über die gemäß § 105f bewilligten sonntäglichen Ausnahmen der unteren Behörden zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens. Unberücksichtigt bleiben die von den höheren Behörden und vom Bundesrat erteilten Ausnahmen von der Sonntagsruhe.

Im Jahre 1909 erhielten 174 Betriebe der Papierindustrie an 520 Sonntagen mit 9314 beschäftigten Arbeitern Genehmigung zur Sonntagsarbeit. Es sind 77 Bewilligungen bis zu 5 Stunden und 262 über 5 Stunden Arbeit pro Sonntag zu verzeichnen. Insgesamt „sollen“ 127 402,5 Sonntagsstunden bewilligt worden sein. Jeder Kenner der Verhältnisse wird lächeln, wenn er sieht, daß die Behörde sogar bis auf eine halbe Stunde genau unterrichtet sein will, wieviel Sonntagsstunden die Arbeiter in der Papierindustrie ihren Herren Mehrwert zusammenraffen mußten. Mindestens zehnmal soviel Sonntagsstunden — wahrscheinlich noch weit mehr — sind den Arbeitern im Jahre 1909 mindestens abgepreßt worden. Die Statistik liest sich sehr schön, leider ist die rauhe Wirklichkeit so ganz anders.

Die Sonntagsarbeit, und zwar die nicht gesetzliche Sonntagsarbeit, hat in einzelnen Landesteilen einen Umfang angenommen, der grenzenlos ist. Allen voran dürfte Sachsen mit seinem Erzgebirge und den ländlichen entlegenen Gegenden sein. Wer wie der Schreiber dieses jahrelang Gelegenheit hatte, die Papierprofitmühlen des Erzgebirges Sonntags dämpfen zu sehen und die Meinung der Arbeiter zu hören, der kommt aus dem Staunen nicht heraus. Die Arbeiter leisten sehr oft nur mit knirschenden Zähnen „freiwillig“ Sonntagsarbeit, da sie bei Verweigerung derselben — allerdings nur, solange dies ein einzelner tut — arbeitslos werden. Keine Legenden bilden sich wegen der Sonntagsarbeit unter den Arbeitern.

So wurde dem Schreiber dieses neulich — das allerdings kaum glaublich — mitgeteilt, daß die Firma Siegel & Haase in Grünhainichen beim — König von Sachsen vorstellig geworden sein soll, um die Genehmigung zur Sonntagsarbeit, die die zuständige Behörde nicht mehr hätte erteilen wollen, zu erlangen. Viele Arbeiter sind nun der Meinung, daß die Firma Siegel & Haase mit Genehmigung des Königs von Sachsen den ganzen Winter hindurch jeden Sonntag ihre Wasserschleifereien arbeiten lassen könnte. So merkwürdig dies scheinen mag, so will uns doch dünken, daß die gesetzlichen Vorschriften — vorausgesetzt, es wird mit Genehmigung der Behörde gearbeitet — in diesem Falle nicht oder doch nicht genügend beachtet worden sind.

„Gehen Sie mit nach M. bei Freiberg“ — so sagte vor kurzem ein Werkführer zu einem Kollegen — „da kümmert sich keiner um uns, da brauchen wir die Maschinen überhaupt nicht mehr abzustellen, ganz gleich, ob Sonn- oder Feiertag.“

Dies ist der Geist, der unsichtbar unter den „Papierern“ wandelt und mit mehr oder weniger Gesicht aus der Sonntagsarbeit der Papierproleten und aus dem Schweiß dieser verarbeiteten Geld zu prägen weiß. Ganz besonders haben die nach Tausenden zählenden Papierarbeiter Sachsens und vor allem die des Erzgebirges unter dem Sonntags-Geldhunger der Papierfabrikanten zu leiden. Es ist mehr als merkwürdig, daß der Profit, der aus Ueberstunden und Sonntagsarbeit der armen Papierproleten herausgeschunden wird, den Herren der Papierindustrie ganz besonders lieb ist. Es scheint, als wäre der „Sonntagschweiß“ ganz besonders geeignet, sich umzuwandeln in blanke Münze.

Die Lage der Papierarbeiter Leipzigs.

Wenn hier von Papierarbeitern die Rede ist, so handelt es sich um Chromo- oder Wapppapierarbeiter, also fogsagen um die Elite der Papierarbeiter. Man sollte nun glauben, dass die Kategorie von Arbeitern es schon weit mit ihren Löhnen gebracht hätte, aber weit gefehlt. Löhne von 37 Pf. und noch weniger sind an der Tagesordnung. Sind auch die Streiker in der glücklichen Lage, etwas mehr Lohn zu erhalten, so kann aber auch hier keine Rede davon sein, dass sie ausreichend für eine Großstadt wären. Hier trifft aber auch den auswärtigen Kollegen ein kleiner Vorwurf. Denn sie haben sich nur sehr wenig nach den Lohnverhältnissen erkundigt, wenn sie nach Leipzig ein Arbeitsangebot hatten. Sie haben somit indirekt den Lohnwider gemacht. Hoffen wir, dass dies in Zukunft in Wegfall kommt und die Kollegen sich erst an der maßgebenden Stelle erkundigen. In den Maschinenfabriken sind die Arbeiter einer derartigen Temperatur ausgesetzt, dass sie beinahe zusammenstürzen. Man muss sich wundern, dass diese Leute ihre Arbeit noch so intensiv verrichten. In der Fabrik herrscht zwar nicht eine solche Hitze, dafür sind die Arbeiter aber manchen „Düften“ sowie schmutziger Arbeit ausgesetzt. Da mehrere Unternehmer sich nicht dazu verstehen können, ohne Bleiweiß zu arbeiten, sind die farblichen Arbeiter auch noch Bleivergiftung ausgesetzt. Der Arbeiter ist dann nicht nur dem Siechtum, sondern auch dem Hunger verfallen. Denn diese Krankheit wird nicht als Unfall anerkannt. Dass diese zum Himmel schreienden Missstände in Bälde verschwinden müssen, ist Aufgabe der Arbeiterchaft. Um dies zu verwirklichen, müssen zunächst die Papierarbeiter ihre Gleichgültigkeit ablegen. Jede Arbeiterin, jeder Arbeiter muss sich seiner traurigen Lage bewusst werden und energisch Hand an Werk legen. Die Arbeiterchaft muss sich gegenseitig mehr Vertrauen entgegenbringen, also die Uneinigkeit, welche der Unternehmer nur begrüßt, nicht noch mehr fördern. Um menschenwürdige Zustände auch für die Papierarbeiter Leipzigs zu schaffen, ist es notwendig, dass sich alle Beteiligten der Organisation anschließen. Vereint wird es uns dann möglich sein, dem Unternehmertum Paroli zu bieten.

Darum auf zur Agitation! Hinein in die Organisation!

Zur Lage in der Papierindustrie

schreibt die „A.-R.“: Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass sich das Papiergewerbe zurzeit in einer befriedigenden Lage befindet. Der Arbeiterbedarf ist reger, die Unternehmungslust lebhaft, die Umsätze mit dem Ausland nicht mehr unter so starkem Preisdruck wie früher. Am Arbeitsmarkt ist der Andrang für die Winterzeit sehr niedrig, es kamen Ende 1910 auf je 100 offene Stellen durchschnittlich nur 137,3 Arbeitsuchende. Ein Jahr zuvor hatte der Andrang noch 194,7 betragen; er war also ganz bedeutend höher gewesen. Diese Besserung beruht ausschließlich auf der Zunahme der offenen Stellen, denn das Angebot Arbeitsuchender war sogar noch größer als im vorigen Jahre. Die Unternehmungslust, gemessen an dem Kapitalbedarf für neue und alte Gesellschaften, ging im Januar merklich über die vorjährige hinaus. Es wurden zu Neugründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung vom Papiergewerbe 2.270.000 Mk. dem Geldmarkt entnommen, während die Neubestellungen im Januar 1910 nur 270.000 Mk. betragen hatten. Nicht zuletzt ist die Unternehmungslust wohl durch die befriedigenden Geschäftsabläufe begünstigt worden, die die meisten Papierfabriken für ihr letztes Betriebsjahr erzielten. Bei 84 Papier- und ähnlichen Fabriken nämlich, die im Jahre 1910 ihre Abschlüsse veröffentlichten, stellte sich die Dividende des letzten Geschäftsjahres auf ein gesamtet Aktienkapital von 145,29 Millionen Mark im Durchschnitt auf 5,6 Proz. Das vorjährige Geschäftsjahr hatte diesen selben Gesellschaften bei einem Gesamtkapital von 139,36 Millionen Mark nur eine durchschnittliche Verzinsung von 4,7 Prozent gebracht.

Der gemahregelte Regierungsrat.

Die Aktien-Gesellschaft Holzschlößchen- und Papierfabrik in Altdorf ist zwar eine Aktiengesellschaft, gehört aber zum größten Teil dem schweizerischen Fürsten Genel v. Donnersmarck. Von den 2.600.800 Mk. Aktien sind 1.720.800 Mk., also mehr als zwei Drittel, in seinen Händen. Auf Grund der ihm aus seinem Aktienbesitz erwachsenden Macht hatte er seinen Generalbevollmächtigten, Reg.-Rat Glözel, in den Aufsichtsrat gesetzt. Man hat der Herr Regierungsrat, aus welchen Gründen ist uns unbekannt, sein Arbeitsverhältnis bei v. Donnersmarck aufgegeben, und lässt denselben die Aufsicht über die Generalversammlung der Aktionäre ein, der er den Antrag unterbreitete, Glözel abzujagen und seinen neuen Generalbevollmächtigten, einen Grafen Brodorski-Breslau, in den Aufsichtsrat zu wählen. In der Generalversammlung waren 5 Aktionäre anwesend. Wie sie gestimmt haben, erzählt man nicht, es ist auch gleichgültig. Da nach Aktien abgestimmt wird, hatte der Fürst ohnehin die Majorität. Er jagte also den Regierungsrat ab und setzte den Grafen ein.

Wieder ein Opfer des Kapitals.

In der Leipziger Papierfabrik bemängelte unser Kollege Maschinengehilfe Bent darauf, dass er nach kurzer Zeit an den Folgen des Unfalls im Frankenhause starb. Kollege Bent wurde auf bisher noch nicht völlig aufgeklärte Weise von einem Treibriemen erfasst und erlitt schwere innere Läsionen.

Lohnbewegungen und Streiks in der Zahnstellerei Harburg im letzten Halbjahr 1910.

Am 7. Juli reichte die Verhandlung an das Hauptbureau der Firma Lind. Ammer und Donatke Red. Wölkelt Company, Limited in Harburg ein Gesuch um Erhöhung der Lohnsätze und Tageslöhne. Da bis zum 4. August keine Antwort kam, wurde die Arbeiterchaft ungeduldig. Bis zum 8. März in der Zahnstellerei sitzen und verließen auf ihr Gesuch eine Antwort. In dem gleichen Augenblick begann die Verhandlung nachricht. Bewilligt wurde die Erhöhung der Lohnsätze für Harburg von 7,20 Mk. auf 7,50 Mk.; auf einen festlichen Lohn 15 Uhr bis 19 Uhr oder 26 Stundenlöhnen. Die Tageslöhne wurden von 4 Mk. auf 4,20 Mk., für 60- und Betriebsarbeiten erhöht. Weitere Besserung (von Tag 50 Pf.) erhielt der Arbeiter am Tag und der fünfte Mann bei den Frauen.

Die Arbeiterchaft nahm die Arbeit nach Wiederherstellung durch die Verhandlung sofort wieder auf. Verhandlungen wurden nach weiter geföhrt. Neben oder teilweise an schlechten Geschäftslage ergebnislos. Erreicht wurde für 17 Arbeiter eine Lohnsteigerung pro Tag und Arbeiter von 20 Pf. = 20,50 Pf. pro Woche.

In Harburger Zahnstellerei-Werk sah sich die Firma durch das Vorgehen anderer Kollegen wegen Erhöhung der Lohnsätze veranlasst, das Lohnverhältnis zu überdenken. Eine neue Lohnsätze (Juli) und erhöhte von 20. September 1910 an für 7 Mann um 20 Pf. pro Tag und Mann für je 2 Mann um 10. 50 und 40 Pf. pro Tag. Die Tageslöhne für je 2 Mann um 11. Mann um 2,90 Mk. pro Tag = 13,50 Mk. pro Woche.

In der Chemischen Fabrik Harburg-Schiffbau beschloß am 17. Dezember 1910 die Zahnstellerei, der Arbeiterchaft ein Gesuch um Erhöhung der Lohnsätze zu stellen. Am 1. Januar 1911 wurde das Gesuch an die Firma Harburg-Schiffbau gemacht. Dies geschah, und von 1. Januar 1911 an. Die Lohnsätze wurden am 2. Januar pro Woche mit 10 Pf. erhöht. Am 1. Februar wurde am 1. März pro Woche um 10 Pf. erhöht. Am 1. April wurde am 1. Mai pro Woche um 10 Pf. erhöht. Am 1. Juni wurde am 1. Juli pro Woche um 10 Pf. erhöht. Am 1. August wurde am 1. September pro Woche um 10 Pf. erhöht. Am 1. Oktober wurde am 1. November pro Woche um 10 Pf. erhöht. Am 1. Dezember wurde am 1. Januar 1911 pro Woche um 10 Pf. erhöht.

In der Harburger Guttaperchawarenfabrik Real u. Brools reichte die Arbeiterchaft am 12. Juli ein Gesuch um Erhöhung der Tageslöhne. Zur Unterhandlung wurde eine Kommission aus den ältesten Arbeitern in Vorschlag gebracht. Die Firma erkannte die Kommission nicht an, ließ die Arbeiter im Hofe antreten, hielt eine Standrede. Wenn wir den Heger herausbekommen, der wir sofort entlassen. Mit der Gesellschaft (Verband) wollen wir nichts zu tun haben usw. Es könnte höchstens dem einen oder anderen eine Zulage gewährt werden, auf sonst etwas lasse man sich nicht ein. Die Arbeiter verlangten die Genehmigung zur Arbeitseinstellung. Hierauf reichte die Verhandlung nochmals ein Gesuch ein. Damit die Firma mit der „Gesellschaft“ nichts zu tun bekam, unterhandelte sie mit ihren Arbeitern und bewilligte eine Erhöhung der Tageslöhne um durchschnittlich 20 Pf. pro Arbeiter und Tag vom Juli an und vom 1. Januar 1911 an um 14 Pf. pro Arbeiter und Tag.

Am 16. September wurden in Harburger Delmerle Brilmann u. Mergell 22 Arbeiter entlassen, weil sie den tarifmäßigen Lohn der Bauarbeiter verlangten. Zur Fabrikarbeit wurden sie eingestellt, Bau- und Erdbarbeiten mußten sie aber verrichten. Auf Verhandlung ließ sich die Firma nicht ein. Da die Firma keine anderen Arbeiter bekommen konnte, wurden die Entlassenen wieder eingestellt, soweit sie nicht schon anderweitig Beschäftigung hatten, bis auf 2 Kollegen, welche noch längere Zeit arbeitslos waren.

In einer am 3. Oktober tagenden Betriebsversammlung beauftragten die Arbeiterinnen der Harburger Fischindustrie Joh. Baetz die Verhandlung, bei der Firma vorstellig zu werden und eine Erhöhung der Tageslöhne zu fordern. Dies geschah. Verschiedene Unterhandlungen fanden statt. Das Ergebnis war: der Tagelohn wurde für Arbeiterinnen auf 2,50 Mk., für Ausarbeiterinnen und sonstige Arbeiterinnen auf 2,30 Mk. festgelegt.

In der Flechtstraße, Fischbein- und Stodfabrik S. E. Meyer wurde der Arbeiterauschuss beauftragt, für Änderungen der Arbeitsordnung in bezug auf die Wählbarkeit der Arbeiterauschussmitglieder, Änderung der Statuten der Privatunterstützungskasse, Gewährung eines Krankengeldzuschusses aus der Privatunterstützungskasse und Erhöhung der Tageslöhne einzutreten. Zu diesem Zweck reichte der Arbeiterauschuss ein Gesuch ein. Unterhandlungen fanden statt; erreicht wurde die Erhöhung der Tageslöhne um 3 Mk. resp. 1,50 Mk. pro W. e und Arbeiter. Die Arbeiterinnen, die es nicht einmal für notwendig erachteten, an den Versammlungen teilzunehmen, blieben unberücksichtigt.

Am 28. November ließ sich die Holzhandlung E. Menhorst u. So. vom Arbeitsnachweis des Hafenbetriebsvereins — als Mitglied des Vereins — zum Entloshen eines Seglers Arbeiter vermitteln. Die Arbeiter arbeiteten bis Mittwoch morgen, stellten dann aber die Arbeit ein, weil die Firma sich weigerte, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Es fanden Unterhandlungen mit der Firma, dem Inspektor des Hafenbetriebsvereins, dem Vertreter des Transportarbeiterverbandes und den Vertretern unserer Organisation (Schreiber und Borger, Hamburg) statt. Das Resultat war: die Arbeit wurde in Abend vergeben und die Arbeiterchaft nahm nach 17-tägigem Streik die Arbeit wieder auf. Unterhandlungen wurden nicht ausgeführt, weil die Arbeitseinstellung ohne Genehmigung der Verhandlung erfolgte.

Durch die Werftarbeiterausperrung wurden 111 Mitglieder in Mitleidenchaft gezogen, die zusammen 7004 Mk. Streikunterstützung bezogen. Die Arbeiterchaft der Getreide-, Mehl- und Viehfutter-Großhandlung Aug. Helms stand schon längere Zeit mit der Firma in Unterhandlung, um eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuföhren. Einzelne Arbeiter versuchten die Organisation auszuföhren, um auf eigene Faust etwas zu erreichen, sahen aber bald ein, daß es richtiger sei, die Verhandlungen von der Verhandlung einleiten zu lassen. Dies geschah. Mehrere Unterhandlungen zwischen der Firma und der Verhandlung sowie dem Arbeiterauschuss fanden statt und zeitigten den Abschluß eines Tarifs auf 2 Jahre. Der Vertrag bringt neben anderen Verbesserungen die Erhöhung der Stundenlöhne von 40 auf 45 Pf. Die Abschläge für die verschiedenen Arbeiten wurden reguliert und tariflich niedergelegt.

Insgesamt haben die Lohnbewegungen in der Zahnstellerei Harburg für 2823 Arbeiter und 293 Arbeiterinnen eine Erhöhung der Löhne um 4603,40 Mk. pro Woche für alle Beteiligten gebracht. Diese eine Zahl beweist mit aller Deutlichkeit den Wert der Organisation. Der Erfolg ist aber noch größer, wenn die Verürung der Arbeitszeit in einzelnen Betrieben in Betracht gezogen wird. Möge dies ein Ansporn sein für alle unsere Verbandskollegen, immer mehr teilzunehmen an den Agitations- und Organisationsarbeiten, damit alle Gleichgültigen und Indifferenten ausgerüttelt werden.

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Differenzen bestehen in Hamburg (Chemische Fabrik), Eilenburg (Zellulosefabrik), Zeitz (Kinderwagenfabrik), Zeitz (Klempner), Leipzig, Schandig, Kötha und Marxstadt (Warenwaren-Zur.), Wittenfeld (Chem. Fabrik), Wackerstein (Klempner). Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Eilenburg. Der um das Koalitionsrecht geführte Kampf, der das wirtschaftliche Leben der Stadt in empfindlicher Weise beeinträchtigt, dauert bereits 6 Wochen, und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Nachdem man seitens der Kommission der Arbeiter der Direktion der Zellulosefabrik mitgeteilt hatte, daß zu den in voriger Nummer abgedruckten Bedingungen die Arbeit nicht aufgenommen werden könne, wurden neue Verhandlungen am Montag, den 6. März, feigelegt. Die Kommission erhielt aber in den letzten Tagen der verfloffenen Woche nachfolgendes Schreiben von der Direktion:

„Soeben lesen wir in der „Halleischen Volkszeitung“ vom 28. Februar 1911 die jedenfalls von Ihnen inspirierte Auffassung über die mit Ihnen gepflogene Verhandlung und bebauern, solange Ihre Tonart und Meinung eine derartige bleibt, überhaupt nicht mit Ihnen verhandeln zu können.“

Daß die firmenlosen Arbeiter und deren Kommissionen nicht für Auslassungen im „Volksblatt“ verantwortlich sind, konnte auch die Direktion der Zellulosefabrik wissen. Trotzdem benutzt man dieses als Grund zur Ablehnung von Verhandlungen. Mit der Friedensliebe der Unternehmer scheint es also nicht sehr weit her zu sein.

Die Arbeiterchaft wird den ihr aufgezwungenen Kampf bis zu einem für sie geeigneten Ende weiter kämpfen.

Eilenburg (S.A.). Eine erhebliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielten die in dem Landerzeugnisse der Kreiswägen beschäftigten ca. 110 Arbeiter. Nachdem die zuständige Organisation — der Fabrikarbeiterverband — in den letzten Monaten in diesem Betriebe seinen Fuß gefestigt, gelang es, einen Vertrag mit dem Werke abzuschließen, der den Arbeitern erhebliche Verbesserungen im Arbeitsverhältnis bringt.

In diesem Falle spricht der Nutzen der Organisation wiederum einmal deutlich in die Augen. War es bei der früheren Organisationslosigkeit nur dem einzelnen Arbeiter möglich hin und wieder eine geringe Lohnaufbesserung zu erreichen, so ist durch das Eingreifen der Organisation mit einem Schläge für die gesamten männlichen Arbeiter des Werkes eine ganz bedeutende Verbesserung erzielt worden. Auch auf andern Werken der hiesigen Gegend liegen die Verhältnisse ähnlich. Wenn werden auch diese Arbeiter in ihrem eigenen Interesse den Weg zur Organisation gefunden haben? Jeden organisierter Arbeiter möge dieser Erfolg noch mehr als bisher zu energischer Agitation für die Organisation anspornen.

Zeitz i. S. Die einzige Fabrik in Zeitz, wo wir zuständig sind aber noch nicht Fuß fassen konnten, war bis jetzt noch die Firma Schauer, Zigarinenfabrik. Demzufolge waren auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Betriebe noch schlecht. Endlich ist auch diesen Arbeitern ein Seitenfänger aufgegangen. Sie haben sich ihrer Organisation angeschlossen und mit Hilfe derselben erhebliche Verbesserungen erreicht. Von der Organisation wurden Forderungen einverleibt, die zum großen Teil bewilligt wurden. Erreicht wurde ein Tarifabschluß von 2 Jahren mit einer Lohnzulage von 3 Mk. pro Woche. Die Zulagen treten wie folgt in Kraft:

Mit dem Abschluß des Vertrages eine Lohnzulage von 2 Mk. pro Woche, nach 1/2 Jahr eine weitere Mark, nach weiteren 1/2 Jahren noch einmal 2 Mk. Zulage. Der Anfangslohn beträgt für Arbeiter 18 Mk., für Arbeiterinnen 9 Mk. mit der oben genannten Steigerung. Für Arbeiterinnen wurden 10 Proz. Zuschlag auf die bisherigen Tarifsätze für Unterkunden wurden 20 Proz. und für Nacharbeit 50 Proz. Zuschlag bewilligt. Die Mittagsruhe wird um 1/2 Stunde verlängert und beträgt 1 1/2 Stunden. Der Schluß der Arbeit am Mittag

und Abend werden 10 Minuten Wartezeit gewährt. Für Wartezeit wird in allerhöchster Zeit geföhrt.

Als die friedlichen Unterhandlungen beinahe abgeschlossen waren, konnte es Herr Schauer nicht unterlassen, 2 Arbeiter zu entlassen und anzudrohen, daß noch weitere entlassen würden. Die Arbeit wurde deshalb niedergelegt. Nach zweiseitigem Streik kam es zur Einigung, wodurch auch der Abschluß des Tarifvertrages bewilligt wurde.

Bei der Firma Auerhöfer, Sägewerk, wurde durch das Eingreifen der Organisation der Mindestlohn für Hilfsarbeiter von 30 Pf. auf 35 Pf. pro Stunde erhöht. Wieder eine Lehre für diejenigen Arbeiter, die noch immer glauben, die Organisation hat keinen Wert.

Korrespondenzen.

Sonneberg. An der Bahnlinie Sonneberg-Röhrig liegt das Dörfchen Deslau, welches neben einigen Porzellanfabriken auch ein Ziegelei- und Schamottewerk aufzuweisen hat. „Antawerl, Schamotte- und Tonwarenfabrik, A.-G.“ benanntet sich dieses Udarado, das gegen 400 Arbeiter beschäftigt. Daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesem Betriebe äußerst unzulänglich sind, ist nicht weiter verwunderlich, haben doch die Arbeiter dort noch nicht begriffen, daß nur eine geschlossene und starke Organisation imstande ist, bessere Zustände zu schaffen. Die Gleichgültigkeit der dortigen Arbeiterchaft und einige Demagogen sorgen dafür, daß der Weizen der Kapitalisten in spigiger Blüte steht. In einer Porzellanfabrik erhält der Arbeiter, der seinen Kollegen, der organisiert ist, demuziert, einen Zubaslohn von 50 Pf.

Wir wollen es heute unterlassen, all die Missstände die uns berichtet wurden, zu kritisieren. Erwähnen wollen wir nur, daß ein alter Arbeiter, der 29 Jahre in diesem Betriebe tätig war, entlassen wurde, weil sein Sohn dort außer Arbeit trat. Bei 25-jähriger Tätigkeit erhielt dieser Arbeiter ein Diplom und bei 29-jähriger die Entlassung mit den Worten: „Wenn die Jungen nicht dableiben, können die Alten auch gehen.“ Ja, ja, der Kapitalismus ist unerfährlich. Erst nutzt man den Arbeiter aus, dann verlangt man von ihm, daß er noch für kräftigen Nachwuchs sorgt, damit das Spiel vom neuem beginnen kann. Deshalb, ihr Arbeiter von Deslau, Mönchsdöben und Ungegend, wolt ihr für euch und eure Kinder bessere Zustände herbeiföhren, so schließt ihr auch eure Klassengenossen an und werdet Mitglieder unsres Verbandes.

Verbandsnachrichten.

Das Verbandsstatut in polnischer Sprache kann vom Vorstand bezogen werden.

Neue Adressen-Verzeichnisse gelangen mit der nächsten Nummer des „Proletariers“ zur Versendung.

Vom 28. Februar an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Alte 1000,—, Minden 41,69, Gronau 7,44, Harburg 3000,—, Leipzig 600,—, Staßfurt 400,—, Karlsruhe 350,—, Nürnberg 6,—, Dresden 2000,—, Wölkelt 12,—, Arnstadt 200,—, Eßlingen 300,—, Pirichberg i. Schl. 400,—, Freiberg i. S. 130,—, Pöthig 133,—, Dömitz 100,—, Hartha 100,—, Finsterwalde 81,51, Kellinghusen 60,—, Eilenburg (S.-A.) 6,—.

Schluß: Montag, 6. März, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

- Bücher: Nr. 46 095 für Jakob Rohrbacher, eingetreten am 26. März 1905 in Viernheim. Nr. 238 519 für Paul Wedewert, eingetreten am 9. April 1905 in Breslau. Nr. 361 772 für Heinrich Zeißler, eingetreten am 15. März 1909 in Hannover. Nr. 168 050 für Johann Mißfeld, eingetreten am 6. Mai 1906 in Dornhöved. Nr. 369 652 für Joseph Stölzel, eingetreten am 1. Juli 1909 in Karlsruhe. Nr. 255 685 für Christian Pfeifer, eingetreten am 6. Dezember 1908 in Dyrnand. Nr. 312 684 für Bruno Große, eingetreten am 21. Juni 1908 in Berlin. Nr. 197 864 für Johannes Kirich, eingetreten am 16. April 1907 in Altrip. Nr. 346 212 für Johann Hamburger, eingetreten am 30. September 1908 in Mannheim. Nr. 212 335 für Justus Weber, eingetreten am 1. Oktober 1906 in Frankfurt a. M. Nr. 371 616 für Heinrich Kiltmann, eingetreten am 14. November 1909 in Mannheim.

- Karten: Nr. 52 389 für Theodor Schröder, eingetreten am 16. April 1910 in Varel. Nr. 106 907 für Peter Schmidt, eingetreten am 11. Juli 1910 in Flensburg. Nr. 97 318 für Alfred Richter, eingetreten am 11. Mai 1910 in Berlin. Nr. 97 694 für Wladislaus Brandt, eingetreten am 14. Juni 1910 in Berlin. Nr. 1 545 für Anna Rielenz, eingetreten am 20. August 1910 in Berlin. Nr. 66 140 für Artur Frödda, eingetreten am 7. November 1909 in Königstein.

Ausgeschlossen auf Grund § 14 des Statuts ist das bisherige Mitglied der Zahnstellerei Harburg:

- Karl Voll, Buch-Nr. 399 210, eingetreten am 1. April 1905, sowie das bisherige Mitglied der Zahnstellerei Nordensham: Jakob Meisheid, Buch-Nr. 350 951, eingetreten am 8. Oktober 1908.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen.

Goldig (Sachsen) 5 Pfennig pro Mitglied und Woche vom 1. April 1911 an.

Neudamm. 5 Pfennig pro männliches Mitglied und Woche.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Dömitz. Chr. Lembre, Klein-Schmölen. Kötha-Mauis. Richard Müller, Kötha. Posen. Waldemar Kaiser, Bismarckstraße 13. Ruckstadt a. d. Gardt. Martin Degünther, Friedrichstraße 21, 4. Et.

Briefkasten.

H. Ueber das angechnittene Thema haben wir im Vorjahr erst eine Debatte im „Pr.“ gehabt; die können wir heuer doch nicht wiederholen. Mit dem Übergebicht lassen wir es lieber.

S. in dem Warum sendest Du mir die Zeitungen und das Flugblatt nicht zu?

Inferate.

Zahlstelle Memel

Selbiger muß über 3 Jahre Mitglied unserer Organisation sein. Beiträge können mit allen in unserer Organisation erforderten Arbeiten verricht werden. Die Bewerber haben eine selbstgeschriebene Oftere einzureichen, enthaltend: Lebenslauf, die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und eine Schilderung über die Arbeit eines Geschäftsführers. Die Bewerber sind bis 28. März einzureichen an Max Wollermann, Bromberg, Botenr. Platz 2.

## Chemische Industrie

### Wirtschaftliche Umschau in der Chemischen Industrie.

**Häufte am Markte der chemischen Werte. — Starke Ausfuhrsteigerung. — Kapitalzählung. — Höhere Dividenden. — Stimmungsbilder. — Konzentrationbewegung. — Geldverbilligung. — Segen für die Nichtarbeiter.**

Die Sonne der wirtschaftlichen Günstigkeit, die der chemischen Industrie schon im Jahre 1909 recht warm schien, blieb ihr auch im vergangenen Jahre treu, und sie scheint für das bevorstehende Jahr ihre Intensität noch steigern zu wollen. Am Barometerstand der Aktienkurse gemessen, hat die chemische Industrie Hochkonjunktur nach Zusammenstellungen der „Frankf. Btg.“ über die Bewegung der Kurse, wobei die Hälfte des an der Berliner Börse gehandelten Kapitals erfasst wird, ergeben sich die folgenden bemerkenswerten Resultate. Der Kurswert der berücksichtigten Dividendenpapiere stellt sich auf über 12 Milliarden Mark. Der durchschnittliche Kursstand hob sich von 163,29 im Januar 1910 auf 163,58 im Dezember dieses Jahres und auf 164,18 im Januar 1911. Seit nun aber die chemische Industrie heraus, dann ergeben sich bei 634 Millionen Mark Kapital folgende Kursdurchschnitte: Januar 1910: 326,71, Dezember 1910: 369,96 und Januar 1911: 363,15. Von dem ungewöhnlich hohen Stande im Dezember ist der Kurs im Januar zwar wieder etwas herabgegangen, aber im Vergleich mit dem Vorjahre verbleibt doch noch eine Steigerung, wie sie auch nur annähernd in keiner andern Gruppe der Gütererzeugung zu verzeichnen ist. Im Februar sind übrigens die Kurse erneut hinaufgegangen.

Die gute Meinung von der chemischen Industrie als beste Kapitalanlage wird unterstützt durch die Resultate des Außenhandels. Abgesehen von künstlichen Düngemitteln hat die Einfuhr chemischer Erzeugnisse im Januar d. J., verglichen mit dem gleichen Monat des Vorjahres, abgenommen. Insgesamt ergibt sich ein Rückgang von 736 008 auf 547 100 Doppelzentner. Dagegen hat die Ausfuhr sehr stark zugenommen. Das veranschaulicht diese Uebersicht:

	Ausfuhr in Doppelzentner	
	1910	1911
Chemische Grundstoffe	1 571 692	2 842 317
Farben und Farbwaren	119 452	147 212
Firnisse, Lacke	2 694	3 891
Lether, Seile, Mohole	7 921	8 939
Sprengstoffe, Schießbedarf	17 567	10 223
Verseifene chemische Erzeugnisse	29 319	28 905

Ein verhältnismäßig starker Rückgang ist nur bei den Sprengstoffen und bei Schießbedarf eingetreten. Eine unbedeutende Abnahme zeigt sich noch bei der Position der verschiedenen chemischen Erzeugnisse; sonst sind teilweise recht erhebliche Steigerungen eingetreten. Rechnet man noch die von 191 183 Doppelzentner auf 367 930 Doppelzentner gesteigerte Ausfuhr künstlicher Düngemittel hinzu, dann ergibt sich insgesamt eine Ausfuhrzunahme um 1 469 680 Doppelzentner gleich 75 Prozent. Dabei konnten verhältnismäßig erhebliche Preisaufbesserungen erzielt werden. So hob sich beispielsweise der Einheitswert der Erzeugnisse in der letzten Gruppe von 179 Mk. auf 188 Mk. pro Doppelzentner. Um die Bedeutung der Ausfuhrsteigerung voll würdigen zu können, muß man auch noch wissen, daß schon im Jahre 1910 eine andauernde Zunahme des Exportes stattgefunden hatte, war doch die gesamte Ausfuhrmenge von 31 285 327 Doppelzentner im Jahre 1909 auf 37 201 107 Doppelzentner im vergangenen Jahre gestiegen. Wie der letzte Januarausweis dartut, ist in der Exportsteigerung noch kein Stillstand eingetreten.

Die flotte Beschäftigung hat erklärlicherweise anziehend auf das profit suchende Kapital gewirkt. In den ersten 11 Monaten des Vorjahres wurden 23 1/2 Millionen Mark neu investiert; Neugründungen mit rund 17 Millionen Mark wurden vorgenommen, 6 1/2 Millionen Mark entfallen auf Kapitalserhöhungen.

Des Lebens goldenen Baum bilden für den Aktionär natürlich nur die Gewinnausschüttungen, alles andre ist ihm ziemlich gleichgültig, es wird höchstens gewertet als Mittel zum Zweck. Und die Arbeiter können daran erkennen, wie dem nichtstehenden Unternehmer aus dem Ackerboden der Gütererzeugung die Früchte entgegenreifen. In der chemischen Industrie ist der Schweiß der Arbeiter ganz besonders fruchtbar für die Dividendenkinder. Bis Ende November 1910 haben 123 Unternehmen mit rund 444 Millionen Mark Aktienkapital für das Geschäftsjahr 1909/10 ihre Geschäftsberichte veröffentlicht. Danach ergibt sich eine durchschnittliche Dividende von 14,6 Proz.; im Vorjahre verteilten dieselben Gesellschaften 13,1 Proz. Für das letzte Jahr resultiert demnach eine Steigerung um 1 1/2 Proz.! Mit dieser Dividendenhöhe, mit dieser Gewinnsteigerung schlägt die chemische Industrie wieder den Rekord.

Die günstige Situation läßt naturgemäß die Segel der Gewinnpekulanten schwellen. Einen Niederschlag davon findet man in den neueren Dividendenvorschlägen, Ausschüttungen, Marktberichten, Erweiterungsplänen und Geschäftsberichten. Zur Illustration geben wir einige Stichproben. Der Aufsichtsrat des Vereinigen chemischer Fabriken, A.-G., Zeitz, schlägt die Verteilung von 8 Proz. Dividende vor; denselben Satz hatte das Vorjahr erbracht. Der am 18. März stattfindenden Generalversammlung wird die Erhöhung des Grundkapitals um 1 Million Mark auf 3 Millionen Mark zur Verstärkung der Betriebsmittel und Erwerb mehrerer Fabriken gleicher Branche vorgeschlagen werden. Die jungen Aktien, die vom 1. Mai an dividendenberechtigt sein sollen, übernimmt ein Konsortium, bestehend aus der Deutschen Bank, der Hannoverschen Bank und der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt. Vor den jungen Aktien werden 500 000 Mk. den alten Aktionären zum Kurse von 130 Proz. zum Bezuge angeboten werden. Der Kurs von 130 Proz. bei 8 Proz. Dividende bedeutet für die alten Aktionäre ein Extrageschenk. Der Vorstand der chemischen Fabrik Oldenburg, A.-G., erklärt in seinem letzten Geschäftsbericht, das Ergebnis des Jahres 1910 habe sich entgegen seinen Erwartungen recht günstig gestaltet. Der Werteverlust einiger Rohmaterialien treibe ein entsprechender Anstieg der Preise für Erzeugnisse gegen-

über. Es ist daher möglich, 30 Proz. Dividende zu verteilen. Die A.-G. Georg Egestorffs Salzwerke und chemische Fabriken in Hannover, die im vergangenen Jahre ihre Aktionäre mit 10 Proz. abspießte, gibt diesmal 12 Proz. bei reichlich höheren Abschreibungen. Die A.-G. für chemische Produkte vorm. H. Scheidemantel in Berlin erhöht die Dividende von 14 auf 15 Proz. Die Gesellschaft entwickelt eine ziemlich umfassende Tätigkeit. Das zeigen die folgenden Angaben des Geschäftsberichts. Die Fabriken der Gesellschaft stehen mit 6 683 200 Mk. zu Buche; davon 2 947 638 Mark Aktien der A.-G. für chemische Industrie in Wien, 1 824 418 Mark andre Industrieaktien in Aktien und 320 200 Mk. Beteiligungen an Gesellschaften m. b. H. Vielleicht hat man hier den Kern zu einem neuen Konzern chemischer Unternehmungen. Wie erpansionslustig man ist, besagt folgende Auslassung der Verwaltung:

Die Gesellschaft hat sich durch Aktienumtausch an der „Ceres“-Akt.-Ges. für chemische Produkte vorm. Th. Byrtlosh beteiligt. Die bisher vorliegenden Monatsbilanzen rechtfertigen in vollem Maße die Erwartungen, die wir an dieses Unternehmen geknüpft haben. Die Zentral-Ges. für chemische Industrie m. b. H., Berlin, von der wir eine erhebliche Anzahl Geschäftsanteile besitzen, schüttet für die letzte Betriebsperiode von 11 Monaten 12 Proz. aus. Bei der selbstverständlich mit einem Agio, erfolgenden Erhöhung des Stammkapitals werden wir unsere Bezugsrechte ausüben. Die Akt.-Ges. für chemische Industrie, Wien, wird den Gewinn wieder zurückstellen. Im April vorigen Jahres haben wir die Fabrik Melk käuflich erworben. Sie arbeitet normal. Der Reinertrag ist im Gewinne mitenthaltend. Auch unsere Interessengemeinschaft mit der Fabrik Schierstein hat sich bewährt. Die Verhältnisse auf dem Knochenmarkt, die im ersten Betriebssemester als normal bezeichnet werden konnten, haben sich im weiteren Verlauf des Betriebsjahres ungünstiger gestaltet. Der Mangel an Rohmaterialien bewirkte eine Erhöhung der Knochenpreise. Wenn wir dennoch befriedigende Ergebnisse erzielen konnten, so sind diese auf die technischen Fortschritte unserer Werke und die gute Entwicklung unserer Verkaufspreise für sämtliche Erzeugnisse zurückzuführen. Die Beschäftigung unserer Werke ist gut. Der Absatz und die Erträge der ersten Monate des neuen Betriebsjahres sind befriedigend.

Die Aktionäre dürfen in aller Ruhe die Vorbereitungen zu größeren Erholungsreisen treffen. Das laufende Jahr verspricht ihnen — den Arbeitern nicht, wenn sie nicht auf dem Posten sind — ohne ihr Zutun erhöhte Gewinne. Auch in der Sprengstoffindustrie rüftet man ebenfalls auf bessere Ernten. Die Sprengstoff-Aktiengesellschaft „Karbond“ in Hamburg will das Aktienkapital gleich um 1,4 Millionen Mark auf 4 Millionen Mark erhöhen. Die neuen Aktien werden von der Dynamit-Aktiengesellschaft zum Kurse von 110 Prozent übernommen, gleichzeitig wird den Aktionären der Karbond-Gesellschaft, die bisher nur 75 Prozent der Dividende des Dynamittrustes erhielten, für die Zukunft eine Erhöhung des Anteils um 10 Prozent garantiert. So verständigen sich die Papierarbeiter schon im voraus über die Verteilung des größeren Ertrages der Arbeit andrer.

Die schon durch die Marktverhältnisse berechtigten gesteigerten Erwartungen erhalten eine verstärkte Basis durch die in der letzten Zeit eingetretene Geldverbilligung. Nachdem die Bank von England ihren offiziellen Diskont um 1 Prozent ermäßigt hatte, folgte die Deutsche Bank durch eine zweimalige Ermäßigung um je 1/2 Prozent, wodurch die Bankrate auf 4 Prozent herunter kam. Damit ist wieder ein Stand erreicht, der auf die Unternehmungslust anregend einwirkt. Aber die Verbilligung der Produktion verbessert nicht die Lohnaussichten der Arbeiter; die Ersparnis heimsen die Vorkasse ein. Das ist die göttliche kapitalistische Weltordnung. Die günstigen Dividendenerklärungen, in Verbindung mit der Geldverbilligung, haben die Kurse weiter hinaufgetrieben. Die folgende Aufstellung gibt ein kleines Spiegelbild der Bewegung.

Unternehmen	Dividende in Proz.			Aktienkurs 1911	
	1908	1909	1910	am 2. Febr.	am 23. Febr.
Egestorff	10	10	12	173,50	185,25
Renner	13 1/2	15	18	282,75	288,75
Rheinische Gerbstoff	14	15	18	281,00	289,50

Wie die hier aufgeführten Kursveränderungen erkennen lassen, ist die im Februar eingetretene Steigerung kräftiger, als der Rückgang im Januar im Vergleich mit dem Dezember v. J. war. Verschiedene Unternehmen sind allerdings wieder etwas schlechter bewertet, bei andern ist die Steigerung so groß wie bei den vorstehenden, ja, die Vereinigten chemischen Werke verzeichnen sogar einen Aufstieg von 351,60 auf 380 Prozent.

Die Hoffnungen, die die Voraussetzungen zu solchen Steigerungen sind, rechtfertigen das Verlangen der Arbeiter, daß ihnen die schwere Last der anhaltenden Lebensmittelerhöhung durch Lohnverbesserungen etwas gemildert werde. Wie werden die Unternehmer sich zu solchen Ansprüchen stellen?

### Verraten und verkauft.

Die Arbeiterklasse der leberluser Farbwerke ist mit einer neuen Nebelung bedacht worden, die nach außen den Zweck haben soll, zu beweisen, daß die Farbenproleten bei ihrem mageren Einkommen noch sparen können. In Wirklichkeit verfolgt die Direktion damit die Absicht, den ungeheuren Arbeiterwechsel einzuschränken und Lohnbewegungen zu vermeiden, was ihr bis jetzt trotz Wohlhabensrichtungen nicht gelungen ist und auch mit derartigen Mitteln nicht gelingen wird. Zu den schon vorhandenen Sparanstalten ist „mit Zustimmung der Arbeiterausschüsse“ eine Zwangssparkasse für nicht volljährige Arbeiter und Arbeiterinnen und eine „freiwillige“ Altersparasse für alle über ein Jahr beschäftigte volljährige Arbeiter und Arbeiterinnen errichtet worden. Nach Lage der Verhältnisse war von den Arbeiterausschüssen, denen der Wunsch der Direktion Befehl ist, nichts anders zu erwarten als Annahme solcher Bestimmungen. Ob diese Kassen aber auch die Zustimmung der Arbeiterklasse haben, das wissen wir zu bezweifeln; denn zu derartigen unwürdigen Bedingungen über Einbehaltung und Auszahlung der Sparbeiträge hätten Menschen, denen das männliche Geschlecht noch nicht abhanden gekommen ist, nie und nimmer ihre Zustimmung gegeben. Unbekümmert um die persönlichen Verhältnisse der nicht volljährigen Arbeiter und Arbeiterinnen wird behauptet, daß bei einem Wochenlohn bis zu 9 Mk. 20 Pf. von 9—12 Mk. 30 Pf., von 12—15 Mk. 40 Pf., von 15—18 Mk. 60 Pf., von 18—21 Mk. 80 Pf. und über 21 Mk. 1 Mk. pro Woche der Sparkasse zugewöhnt werden durch Abzug dieser Beträge vom Lohn. Die gezahlten Lohnsummen reichen, selbst wenn nichts davon in Abzug gebracht wird, nicht hin, die Nahrungsmittel zu schaffen für den in der Ent-

wicklung begriffenen jugendlichen Körper, zumal die Lebensmittelpreise im Rheinland recht hoch sind. Dieser Zwangsabzug wird die jüngeren Arbeiter teils von dem Wohlhabenssinn der Farbwerke überzeugen, sie vielmehr veranlassen, sich noch eher als bisher derartigen Bevormundungen dadurch zu entziehen, daß sie diese Kasse überhaupt nicht annehmen. Die abgezogenen Beträge werden auf gesperrte Sparkassenbücher in den städtischen Sparcassen Wiesdorf und Elberfeld angelegt und den Inhabern bei Ableistung der Militärpflicht oder nach Vollendung des 21. Lebensjahres ausbezahlt. Arbeiter, die der Militärpflicht obliegen, haben das Recht, sich von ihrem Sparguthaben monatlich 3 bis 5 Mk. überweisen zu lassen. Damit aber auch beim Militär noch gepart wird, werden allen, die jährlich nicht über 60 Mk. abheben, nach Ableistung ihrer Militärpflicht und beim Wiedereintritt in die Farbwerke 20 Prozent des verbleibenden Guthabens als Prämie gutgeschrieben. Diese Bestimmung ist der Föder, der dazu dienen soll, die gebildeten jungen Reservisten zu einem Wiedereintritt in die Farbwerke zu bewegen. Die Bestimmung ist übrigens für diejenigen Soldaten, die ganz auf sich angewiesen sind, eine Benachteiligung, weil diese gezwungen sind, mehr abzuhelben, als die Soldaten, deren Eltern aus ihren Mitteln Zuschüsse leisten. Nicht volljährige Personen, die aus der Fabrik auscheiden, erhalten erst sechs Wochen später das Sparkassenbuch ausgehändigt. Auch diese Bestimmung soll dazu beitragen, die Arbeiter von einem Wechsel der Arbeitsstelle möglichst abzuhalten. Verginst werden die angelegten Gelder der Jugendsparkasse mit 3 1/2 Prozent in Wiesdorf und mit 4 Prozent in Elberfeld. Die Farbwerke geben außerdem am Jahresabschluss noch eine zweiprozentige Prämie auf jedes Guthaben.

Die Firma glaubt, sich mit dem raffiniert ausgetügelten Kunststückchen junges, gesundes Arbeitermaterial zu sichern und sich so am besten um eine durchgreifende Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die ihr allerdings mehr kosten würde, herumzubriden. Um auch den älteren Arbeitern ein Trügel von den ungeheuren Ueberflüssen zuzulassen zu lassen, ist noch eine sogenannte Altersparasse errichtet. Offiziell besteht zu dieser kein Beitrittszwang für erwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen, aber sobald bekannt ist, hat jeder Meister die Aufgabe, mindestens sechs Mitglieder zu werben, und das wird mit einem Raffinement betrieben, für das Terrorismus noch ein mildes Wort ist. Der Verhältnis zu den dortigen Lebensmittelpreisen niedrige Lohn reicht gewöhnlich nicht aus, Ersparnisse ohne Unterernährung zu machen, zumal doch die chemischen Arbeiter auch für Arbeitskleidung mehr aufwenden müssen als andre Arbeiter. Dazu fürchten viele von ihnen, und zwar nicht mit Unrecht, bei berechtigten Lohnforderungen die durch Hunger ersparten Summen borgenommen zu bekommen. Bei einem Durchschnittslohn von 1200 Mk., wie ihn die Elberfelder Farbwerke bezahlen, ist eben ein Sparen im richtigen Sinne unmöglich. Das sollten eigentlich Duisburg und sein „Sozialretter“ einmal an sich selbst erproben. Aber die Trabanten und Zuträger, die Betriebsführer und Meister, wenden, wie wir hören, alle Mittel an, um „Sparer“ zu fangen. Wer nicht beitreten will, gibt damit indirekt zu erkennen, daß er „kein Interesse“ mehr an der Fabrik habe. Zur Werbung des Interesses wird darauf hingearbeitet, daß derjenige, der nicht eintritt, weder Zulage, noch Vorschuß, noch andre Vergünstigungen erhält. Dann wird jeder einzelne vorgekommen und ihm gesagt, daß der und jener schon Mitglied geworden sei, wenn's auch manchmal nicht zutrifft. Schließlich erliegt er den Belehrungsversuchen, so notwendig er auch jeden Pfennig im Hauskalt braucht, und verpflichtet sich, wöhnlich eine Mark zu sparen. In einer Abzählung wurde den Arbeitern, soweit sie Mitglied geworden, 10 Pf. Zulage gegeben. Nach all diesen Umständen wird der „Sozialretter“ dann am Jahresabschluss berichten können, daß es, entgegen der Behauptungen der Sozialdemokraten, möglich gewesen sei, die Arbeiter der Elberfelder Farbwerke zum „freiwilligen“ Sparen anzubringen. Die Industriellen werden treffen gehen mit den ersparten Summen der Gittproleten und dartun, daß die Löhne noch viel zu hoch sind, weil die Arbeiter ja „sparen“ konnten. Aus den Savings der Altersparasse entnehmen wir, daß der Beitrag für erwachsene Arbeiter 50 Pf. bis 3 Mk. pro Woche betragen kann. Der wöhnliche Beitragssatz ist auf ein ganzes Jahr festzulegen. Die Einlagen werden mit 5 Prozent durch die Farbwerke verzinst. Damit die Sache recht schmackhaft aussieht, gehören die Farbwerke auf jedes Sparguthaben der Altersparasse eine Zuschussprämie auf den im Laufe des Jahres eingezahlten Betrag und verzinsen auch diesen Zuschuß mit 5 Prozent. Hier wird der Arbeiter mit großer Familie benachteiligt, weil er nicht in der Lage ist, ohne Hunger soviel sparen zu können, wie der, der ledig ist oder eine kleine Familie hat. Also eine Art Lohnreduktion für Familienväter mit zahlreichem Kindersegen. Der Zuschuß wird nicht vor Beendigung der fünfjährigen Mitgliedschaft bei der Altersparasse ausbezahlt. Wer nach fünfjähriger Mitgliedschaft in der Altersparasse aus dem Dienst der Farbwerke ausscheidet, erhält nur ein Fünftel, nach 10 Jahren zwei Fünftel, nach 15 Jahren drei Fünftel, nach 20 Jahren vier Fünftel und erst nach 24 Jahren wird die ganze Summe des Zuschusses auch wirklich bezahlt. Nun ist die Arbeit in dem Betriebe derartig schmutzig und vielfach giftig, daß die meisten Arbeiter, die dort anfangen, nicht einmal 1 Jahr gesundheitsgemäß 24 Jahre in der Giffbude aushalten. Die Mehrzahl von ihnen geht, falls die Arbeit zu giftig oder ekelerregend, schon vorzeitig in andre Berufe oder aber wird sehr frühzeitig dahingerafft. Jedenfalls sollte vernünftig denkenden Arbeitern die Gesundheit höher stehen, als die lumpigen paar Groschen, die als Abschlagsprämie für willige Ausbeutung und Ruinierung der Gesundheit geliefert werden. Das Stärkste leisten sich die Farbenfabriken im § 8 des Statuts der Altersparasse. Hier wird bestimmt, daß die Arbeiter, welche vor Erreichung des 25. Dienstjahres aus den Farbwerken ausscheiden, ihr Guthaben erst nach Verlauf eines Jahres, vom Austritt an gerechnet, erheben können. Derartige Bevormundung ist eine Unverschämtheit, die laum überboten werden kann. Sie wird verständlich, wenn man den Paragraphen als Mittel zur Verhütung des Streiks betrachtet. Auf jeder andern Sparkasse stände den Arbeitern das Recht zu, in Fällen der Not Beträge abzuheben, die Altersparasse schließt das vollständig aus. Durch den 30prozentigen Zuschuß und bequeme Uebertrittsbedingungen aus der freiwilligen Sparkasse in die Altersparasse werden die Arbeiter auf den Leim gelockt und verlaufen sich darauf mit Haut und Haaren den Farbwerkskapitalisten. Dabei kostet die ganze Geschäftigkeit, wie Zuschussprämie, Zinsen, die Farbwerke fast gar nichts, im Gegenteil, sie schlagen daraus enorme Gewinne. Eine Lohnhöhung für alle Arbeiter von nur einer Mark pro Woche, wie sie der Verband der Fabrikarbeiter als Mindestsatz bei Lohnbewegungen regelmäßig erzielt, würde die Kosttäuscher in Jammertiefen hundertmal mehr kosten als diese mit allen juristischen Kniffen ausgegüllte „Wohltat“. Die Arbeiter mögen sich einmal reichlich überlegen, ob diese neue Einrichtung nicht das ist, als was wir sie schäblich: der größte Schwindel, der nach außen als Wohlfahrt gelten soll, in Wirklichkeit aber eine Skandalliste ist, mit der die bedauernswerten Jammertüfener Gittproleten gesenkt werden. Der bestehende Indifferenzismus der Arbeiter rächt sich schwer. Wir sind aber überzeugt, daß diese Einrichtung mehr als jede andre dazu beiträgt, den Arbeitern die Augen zu öffnen.

### Ein rabiatier Betriebsleiter.

Aus der Düngefabrik Griesheim a. M. gehen uns Klagen zu über schlechte Behandlung der Arbeiter und auch der Beamten durch Betriebsleiter Führ. Am 27. Februar wurde bis 9 Uhr gearbeitet. Auf einmal kam der Betriebsleiter Führ und behauptete, ein jüngerer Arbeiter habe während der Arbeit geschlafen. Obgleich sämtliche Arbeiter und auch der Meister beschäftigt konnten, daß das nicht der Fall war, wurde der Arbeiter in 50 Pf. Strafe genommen und erhielt obendrein noch einen Dejan an den Kopf georfen. Tags darauf kam Führ zum Heizer, der gerade beim Kaffeetrinken war, und bedrohte ihn ohne jede Veranlassung mit Knautschschlägen. Dann ging es an die übrigen Arbeiter, selbst Meister wurden beschimpft. Ein Chemiker wurde ohne jede Veranlassung mit dem Revolver bedroht. Das sind Zustände, die sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten lassen und dringend der Abhilfe bedürfen. Die gesamte Arbeiterklasse ist der Ansicht, daß Führ eine Herodesstatue an den Tag legt.

die unter Umständen verhängnisvoll werden kann. Führ trägt stets einen Revolver in der Tasche; hat er dazu die polizeiliche Erlaubnis? Die Firmeninhaber sind verpflichtet, Remedur zu schaffen, ehe ein größeres Unglück passiert ist. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, sich diese Behandlung länger gefallen zu lassen.

Notizen vom Wirtschaftsmarkt.

Die chemische Industrie war im Januar 1911 im allgemeinen gut beschäftigt. In Bremen war die Beschäftigung schwach, und schwächer als im Vormonat, da die Aufträge aus der Lederindustrie bedeutend nachgelassen haben. Gut beschäftigt war die Cellulose- und Seifenfabrikation. Das Nitratgeschäft war wieder auflebend. Die Farben- und Lackfabrikation war nach der Mehrzahl der Berichte gut beschäftigt. Auch der Erziehungsgang in Farben- und Glycerin-Extrakten war befriedigend. Die Zuckerverfeinerung war wie im Vormonat normal beschäftigt. Der Umsatz in Glycerin ist gegen den Vormonat zwar etwas zurückgegangen, hat sich aber gegen das Vorjahr gehoben. Die Glycerinraffinerien waren gut beschäftigt. - Mannheim. Der Verein chemischer Fabriken erzielte 1910 einen Bruttoüberschuss von 3 475 992 (2 341 831) Mark. Abzüglich Geschäftsausgaben und Abschreibungen mit 623 581 (347 440) Mark verbleiben 1 469 859 (1 377 001) Mark, wovon werden 20 Prozent Dividende verteilt werden. Der Geschäftsgang war im abgelaufenen Geschäftsjahr lebhaft. - Leipzig. Der Verein chemischer Fabriken schlägt 9 Prozent Dividende (wie im Vorjahr) und Erhöhung des Aktienkapitals von 1 auf 3 Millionen vor. - Frankfurt. Die Holzverarbeitungsindustrie, U. G., hat die Erhöhung des Aktienkapitals von 4 auf 14 Millionen Mark beschlossen. Mit diesem Kapital wird besonders eine Anzahl kleinerer Konkurrenzfabriken aufgekauft werden. Die Gesellschaft hat einen guten Erfolg in Formaldeshydrat, der als Desinfektionsmittel in den verheerendsten Orten des fernsten Ostens Verwendung findet. Den Aktionären wird eine längere Dauer dieser Krankheit im Interesse des Profits erwünscht sein. - Altona. Die Altonaer Wollspinnerei hat ihre Zahlungen eingestellt. Das Aktienkapital von einer Million Mark ist verloren. - Helffenberg i. S. Die chemische Fabrik Helffenberg schlägt wieder 9 Prozent Dividende zur Verteilung vor. - Hannover. Gebrüder Salzwedel schlagen 12 (10) Prozent Dividende vor. - Berlin. Die Gummiwarenfabrik C. Müller beschäftigt 8 (10) Prozent Dividende in Vorschlag zu bringen. - Mannheim. Die Gummi- und Guttapercha- und Kautschukfabrik berichtet von großen Schwierigkeiten im abgelaufenen Geschäftsjahre. Trotzdem kommt der Reingewinn dem des Vorjahres gleich. Der Aufsichtsrat beschließt, nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen, wieder 10 Prozent Dividende zur Verteilung vorzuschlagen.

Unfall-Tiefe.

Wir haben bereits von der Explosion im Mirierhaus der Sprengkassett-Fabrik in Rummenohl berichtet. Dabei wurden zwei Arbeiter, die in einem Kanal mit Maurerarbeiten beschäftigt waren, durch eine einwirkende Mauer getötet. Außerdem wurden noch zwölf Arbeiter, wobei man einen noch längerer Zeit in einem abgelegenen Gebüsch fand, wobei dieser geschleudert worden war, teils schwer, teils leichter verletzt. Von den Schwerverletzten ist nun noch ein Arbeiter gestorben, so daß jetzt drei Menschenleben zu beklagen sind. Die beiden Meißler, welche im Mirierhaus beschäftigt waren, konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Unfall-Tiefe.

Unfall in der Antlin. Am 28. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr, trat der Arbeiter Christian Fritz im Bau (Mehlhäcker) in ein Loch, in welchem sich Schwefelsäure aus einem undichten Kessel angeammelt hatte, und verbrannte sich beide Füße. Dies ist in kurzer Zeit der vierte Unfall in diesem Betriebe.

Eine moderne Verberberhande.

Gegen die Reuener Zeitungs "Gambro's Magazin" hat der mächtige Druck, bei dem der Milliardär Rockefeller als größter Volkswirtschaftler auftritt, Lage erhoben, weil der Schriftsteller W. J. J. als Vergiliter-Heiner Kinder bezeichnete. Nach der Aussage einer Untersuchung des Traufs, der beschuldigt war, durch Zufall von Schwefelsäure Nahrungsmittel vergiftet zu haben. Zu Borden und andern Korruptionen wird Traufengüter, sogenannte Glucose, und auch die Fälschung des Rotzuckers, Syrup, verwendet. Letzterer ist teurer als der unter Anwendung von Säuren aus Kartoffelstärke herzustellende Traufengüter. Der Trauf wollte recht viel profitieren und veranlaßte ebenfalls mehrere, also arzenhaltige Schwefelsäure, die natürlich für die Konsumenten besorgter Produkte, meist kleine Kinder, recht gefährlich werden kann. Der Schriftsteller Cassidy erzielte die Verschaffung von 4 Tonnern des Traufs in Philadelphia, und es wurden an mehreren Orten Straßensperren eingeleitet, die, trotz Wirkung der genannten Absichten, zur Verteilung führten. Allein in Philadelphia betrug die Strafe 30 000 Dollars. Die Korruption wurden zwar nicht verurteilt, wurden aber aus Pennsylvania entfernt. Der Schaden des Traufs wird auf mindestens eine halbe Million Dollars geschätzt. Es ruft in dem ganzen Westen der Rockefeller'schen, unbestimmten um die Gesundheit der nachkommenden Generation, die Sucht nach Profit bis aufs Äußerste zu steigern und sollte dabei der Weg über Millionen von Leuten führen.

Vergiftung durch Aetherdämpfe?

In der Angsburger Glasfabrik verhielten sich beim Einbau der Böden die Arbeiter der Dillen. Die Aetherdämpfe sind man ab und zu Vergiftung der Arbeiter. Bei dieser Arbeit, die den ganzen Tag vorzunehmen wird, haben die Arbeiter die schädlichen Aetherdämpfe in dem Vorraum des Saals ertränkte der Arbeiter Geiste, der ein Jahr mit dieser Arbeit beschäftigt war, an Gerdellen, obgleich er in früheren Jahren nie etwas davon bemerkt hat. Im Laufe des Jahres stellte sich wiederholte Vergiftung mit Ohnmachtsfällen ein, die eine genaue Untersuchung erforderte. Bei dem von der Arbeiter Strohler zwei Jahre mit dieser Arbeit beschäftigt. Auch dieser hat an Gerdellen, obwohl er nicht die besorgte Schwere hatte. Auch er ist zwei Jahre in der Fabrik der Glasfabrik beschäftigt. Allein Aufsehen nach sich die Vergiftungen auf die Aetherdämpfe zurückzuführen. Wir möchten der Gesundheitsbehörden dringend empfehlen, einmal nach dem Ruffhand zu forschen.

Die der ausgewanderte Betrag für Arbeitsleistung bei der Steuerbefreiung abzugänglich?

Nach einem Artikel des Jahresberichts der Reichs-Deputierten, des "Gesetzblattes" vom 1. Juli 1910, alle Besonderekommissionen des Reichstages zur Untersuchung von ungewöhnlichen Einkünften des Auslandes im Rahmen der Arbeitsleistung einen Betrag von 30 bis 100 Mark. Diese Besonderekommissionen sind im Rahmen der Besonderekommissionen der Arbeiter nicht auf eine entsprechende Befreiung der ungewöhnlichen Einkünfte vom Juli 1907, in der der Reichstagen ein Gesetz erlassen hat, das bei der Befreiung des Einkommens und die ungewöhnlichen Einkünfte gemeint werden. Demnach können die Einkünfte nicht auf die bei allen Einkünften vorzunehmende Abgabe für die gesetzlich bestimmten Befreiungsgrenzen, sondern auch für den einzelnen Arbeiter oder von den Besonderekommissionen der Arbeiter zu bestimmen und dem Lohn zu bestimmten Einkünften zur Befreiung von Steuern und von der materiellen Abgabe. Die Besonderekommissionen haben die Befreiungsgrenzen der Einkünfte zu bestimmen, die bei allen Einkünften vorzunehmende Abgabe für die gesetzlich bestimmten Befreiungsgrenzen, sondern auch für den einzelnen Arbeiter zu bestimmen und dem Lohn zu bestimmten Einkünften zur Befreiung von Steuern und von der materiellen Abgabe. Die Besonderekommissionen haben die Befreiungsgrenzen der Einkünfte zu bestimmen, die bei allen Einkünften vorzunehmende Abgabe für die gesetzlich bestimmten Befreiungsgrenzen, sondern auch für den einzelnen Arbeiter zu bestimmen und dem Lohn zu bestimmten Einkünften zur Befreiung von Steuern und von der materiellen Abgabe.

und für Zellulosefabriker besondere Vorschriften aufstellt. Die Ausführungen betreffen sich im allgemeinen mit dem preussischen Ministerialerlaß, jedoch wird uns, da wir diese Ausführungen bereits in Nr. 34 des "Proletarier" 1910 behandelt haben, ein näheres Eingehen auf den württembergischen Erlaß sparen können. Wir verweisen deshalb auf die obige Nummer.

Die Dachpappenfabrikanten an der Organisationsarbeit.

Der Zweigverein der deutschen Dachpappenfabrikanten für das Königreich Sachsen, Thüringen, Anhalt und einen Teil der Provinz Sachsen hielt am 26. Januar 1911 in Leipzig seine Generalversammlung ab. Unter Punkt 11 wurde die Frage der Arbeitervereine behandelt. Diese Erörterungen des Vorsitzenden, die nebenbei noch ihm als sehr wichtig bezeichnet wurden, führten zur Annahme folgenden Antrages: "Der Zweigverband für das Königreich Sachsen, Thüringen, Anhalt und einen Teil der Provinz Sachsen ersucht den Hauptverband um Aufnahme eines weiteren Punktes auf die Tagesordnung der Generalversammlung, und zwar 'Stellungnahme der Dachpappenfabrikanten zu Arbeitgeberverbänden bzw. Streikfähigkeitsabingung.' Er beauftragte den Vertreter für den Hauptverband, den Antrag zu stellen. Die Zweigverbände sollen innerhalb 4 Wochen Erhebungen anstellen: a) über die Zugehörigkeit von Dachpappenfabrikanten ihres Bezirks zu Arbeitgeberverbänden, b) über die Notwendigkeit der Errichtung von Arbeitgeberverbänden deutscher Dachpappenfabrikanten gegen den Beitritt von Dachpappenfabrikanten zu lokalen Arbeitgeberverbänden. Sie sollen über diese Erhebungen alsbald an den Hauptverband berichten und Mitglieder für eine Kommission benennen, die diese Angelegenheit bearbeiten soll." Die sächsischen Dachpappenfabrikanten scheinen sich zu rufen gegen die "unberechtigten" Forderungen der Arbeiterorganisationen. Mögen die Kollegen allerorts darauf hinarbeiten, daß die Organisation der Arbeiterschaft geschlossen dasteht, damit sie dem Trotz der Unternehmer genügend Widerstand leistet.

Der Gemeindepeter als Wohltäter.

Kommernrat Louis Peter, Inhaber der Mitteldeutschen Gummiwarenwerke Frankfurt a. M.-Corbach, stiftete aus Anlaß seines 70. Geburtstages 20 000 Mark für den Beamten- und Arbeiterverein seiner Werke und ferner 15 000 Mark für Krankenhäuser, Wohltätigkeitsanstalten und Bildungsvereine im Fürstentum Waldeck. Eine Erhöhung der mehr als bestehenden Löhne seiner Arbeiter wäre besser am Platze gewesen.

Dieichheim.

Dieichheim. Der Geschäftsbericht der Germania-Linoleumwerke in Dieichheim berichtet, daß im Laufe des Jahres 1910 die Linoleumpreise beträchtlich weiter gestiegen sind, so daß sich die deutschen und englischen Linoleumfabriken dahin einigten, eine langsame Preissteigerung für Linoleum herbeizuführen, ohne die Produktion einzuschränken. Dem neugegründeten Verband der Linoleumfabriken sind nun sämtliche Werke beigetreten. Ueber die Ausichten des kommenden Jahres läßt sich mit Bestimmtheit nichts voraussagen. Vorgeschlagen wird eine Dividende von 5 (5) Prozent zu verteilen. Der Reingewinn betrug 300 200 Mark.

Simeburg.

Simeburg. Die neue Saline in der Markzucht in hiesigen Zeinungen möchte Arbeiter. Wir verlohend dies Arbeitsangebot ist, zeigt sich, wenn wir uns die Verhältnisse in diesem Betriebe etwas genauer betrachten. Leute über 40 Jahre, oder mit einem körperlichen Fehler behaftete, werden überhaupt nicht eingestellt. Der nun das zweifelhafte Glück hat, Arbeit zu erhalten, dem bietet man einen Lohn von 2,50 Mark, 2,75 Mark, höchstens 3 Mark pro Tag an. Von diesem Lohn werden noch täglich 25 Pf. in Abzug gebracht, so daß am Wochenlohn 13,50 Mark, 15 Mark, oder 16,50 Mark zur Auszahlung gelangen. Der Rest, von dem Krankendienst- und sonstige Beiträge in Abzug gebracht werden, wird nach Monatslohn ausbezahlt. Ueberhöhten werden am 10. des folgenden Monats ausgezahlt. Ist dies an und für sich schon ein starkes Stück, dem Arbeiter, der durch Ueberarbeit verjährt, seinen eigenen Lohn etwas zu erhöhen, ist ein Geld einen ganzen Monat vorzuenthalten, so muß es die Leute aber am so mehr enttäuschen, wenn auch an diesem Tage das Geld nicht ausgezahlt wird. Ja, es sollen Arbeiter noch im Dezember 1910 geleistete Ueberstunden Lohn zu fordern haben. Ist die Direktion hierbon unterrichtet, oder machen dies die unteren Werksbeamten auf ihre Hand? Man muß bald annehmen, daß die Salinendirektion sich in letzter Zeit nicht so um den Betrieb hat kümmern können, wie es notwendig wäre, weil, sie wegen anderer ihr sehr brüchlicher Angelegenheiten den Kopf recht voll hatte. Und wie es mit dem Lohn steht, so wird auch die Verhältnisse im allgemeinen. Hauptächlich die Behandlungsweise der Arbeiter läßt viel zu wünschen übrig. Doch daß diese Zustände bestehen, liegt wohl zum großen Teil an der Arbeiterarbeit selbst; wenigstens soweit sie sich noch nicht ihrer iranzigen Lage bewußt geworden sind. Durch Werks- und Fabrikanten, Einrichtungen und sonstigen Wohlthätigkeitsmaßnahmen lassen sie sich über ihre iranzige Lage hinwegtäuschen, statt sich der Organisation anzuschließen.

Gegnerische Gewerkschaften.

Wenn man die beiden Gewerkschaftsorgane, den "Proletarier" und die "Gewerkschaftsstimme" des Verbandes der christl. Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstigen Industriearbeiter Deutschlands, zur Hand nimmt und vergleicht, findet man, daß die Schreibweise des "Proletariers" unruhig über der des christlichen Organes steht. Drogen steht in Nr. 6 der "Gewerkschaftsstimme" am Ende folgender Vers: "Nur eine wahre Gabe gibt's hierüber: wenn man die Wahrheit nicht zum Richter wählt, fließt der Vernunft und dem Geiz gehorcht, streng über sich, nicht über andere richtet, das Gute mit, was uns die Pflicht beut, kurz weislich in dies Wort schließt alles ein." Man weiß nicht, soll man über die Gewerkschaft lächeln oder soll man sich ärgern. Schon der Artikel der "Gewerkschaftsstimme" in Nr. 6 mit der Ueberschrift "Widerstände" gibt ein Bild der Ueberhebung dieses Organes. Wie müßte dieses Bild sich ändern, wollte es den oberstehenden Vers als Richtschnur benutzen. Es ist um Genüge bekannt, daß in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften sehr oft mit der Wahrheit Schindler getrieben wird und daß die Reden der Christlichen sehr mild über sich und sehr streng über andere tönen. Besonders schon nimmt sich in dem Artikel aus, wenn gesagt wird, daß ihre Darlegung eine viel größere Beachtung von den Unternehmern erweist als die sozialdemokratische, weil letzten Endes die christliche Gewerkschaftsbewegung ihnen viel unangenehm werden könne als die freie. Sei jehem Bericht ist zu lesen, daß ihre Gewerkschaften abnormals einen sehr eintönigen Fortschritt zu berechnen haben, und dabei sind die Grundsätze im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften gleich. Es sollte eigentlich jeder christliche Gewerkschaftler in kurzer Zeit behaupten können, daß diese Behauptung nichts ist wie Schamlosigkeit. Man ein solches kann glauben, die Unternehmern hätten vor dieser Arbeiterbewegung Angst. Sie erinnern nur an den Generalstaatsratmacher Buch, der a. a. g. sagt hat: "Der ganze Kampf muß sich gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften richten, die niedrigeren muß unsre Aufgabe sein, von diesem Grundriss der Arbeit in den christlichen Gewerkschaften haben wir nichts zu fürchten, diese sind uns ungefährlich." Und dabei schwärzt die "Gewerkschaftsstimme" vor der Angst der Unternehmern vor den christlichen Gewerkschaften! Der Gen.-Sekr. der nationalsozialistischen Partei, Thorste-Rantke, hat im nationalsozialistischen Verein Mannheim am 7. Februar a. a. angeführt, daß ihm ein Vertreter der christlich-gerichtlichen Partei gesagt habe: "Wenn es zum Schluß kommt, da n besagen die christlichen Parteien und wir gehen da als ein Platonen. Bei den freien Gewerkschaften wissen wir es aber, daß wir es mit christlichen Leuten zu tun haben und daß sie uns nicht verheizen, was sie wollen." Dieser Ausdruck beweist mehr Verachtung als Angst, ist also für die Christlichen wenig schmeichelhaft. Es ist Hipp und Har maßgebend, daß die christliche Partei unerschrocken ist. Den christlichen Arbeiter werden von ihrem höchstem Planen in den Kopf gesetzt, und wenn es ernst wird, können sie zusammen wie die Leichenwägen. Es kann ja auch gar nicht anders sein, und eigentlich sind die christlichen Arbeiter zu bekennen; denn halten sie die Verheißungen der Arbeiter gegenüber, sie werden sie es mit ihren geistlichen Vorgesetzten. Es ist ja bekannt, daß der Kopf und die Füße die Kommandanten der christlichen Gewerkschaften sind. Diese Leiden es nicht, wenn der Gehirne von den Arbeitern angegriffen werden soll. Daß die Unternehmern keine Angst vor den christlichen Gewerkschaften haben, sie vielmehr unter gewissen Be-

dingungen als Verbündete betrachten, zeigt ein Artikel im "Babischen Beobachter", dem Hauptorgan der Babischen Zentrumspartei, in der Nr. vom 30. Januar 1911 unter der Ueberschrift "Handwerk und Gewerkschaften". Es heißt dort:

"Man darf von den Gewerkschaftsführern erwarten, daß sie sich genau über die Verhältnisse, die Gedankenwelt des Handwerks orientieren und den besonderen, vielfach persönlichen Verhältnissen im Handwerk noch Möglichkeit Rechnung tragen. Andererseits ringt sich allmählich auch im Handwerk die Anschauung durch, daß die christlichen Gewerkschaften vernünftigen Vorstellungen durchaus zugänglich sind. Haben doch selbst Unternehmer die Zentralleitung gebeten, mit der Einführung christlicher Gewerkschaften in den Gegenden, wo sie heute noch fehlen, zu beginnen." Wie die Geistes, so werden unter Umständen auch die Christlichen von den Geistes der Unternehmer gefördert. Natürlich nur dort, wo sie als Bollwerk gegen die freien Gewerkschaften dienen sollen. Eine solche Bewegung aber wird sich niemals Achtung erlangen und auch nie wirklichen Einfluß gewinnen. Das ganze christliche Gepräge ist nur Wind. Fröhlich.

Der Engel auf Meisen.

Ueber den den Lesern des "Proletariers" fastjam bekannten christlichen Gewerkschaftsführer Engel wird der "Metallarbeiter-Zeitung" aus Mülhausen i. Elz geschrieben: Es ist noch nicht lange her, da beschäftigte sich der babische Landtag mit einer Persönlichkeit, über deren Charakter ja nur auch bei seinen Glaubensgenossen kein Zweifel mehr besteht: nämlich mit einem "Engel", der mit seinen göttlichen Namensvettern ja nur den Namen gemein hat. Ein Landgerichtsrat, ein Pfarrer und andre zeugten für die Untadelhaftigkeit des damals noch am Zentrumshimmel herum-schwirrenden Engels. Doch es kam anders. Lutzke: "Ist sein Fall durch den Versuch, Gott zu ähneln, und 'unser' Engel strauchelte über eine geschiedene Jüdin. Die Liebe überwindet eben alles, auch der Glaubensunterschied. Engel, der ja die französische Sprache beherrscht, jag es vor, sich auf diese Art zu empfehlen und das Leben unter der schwarz-blauen Hodara mit dem der Pariser Boulevards zu vertauschen. Was aber nicht schon babet ist oder was für die ganz besondere 'Anpassungsfähigkeit' des Engel spricht, ist, daß er nun in Paris sich als vor der preußisch 'einstufigen' verfolgt Genosse aufspielt, der wegen bevorstehender Strosen, die er sich im Dienste der Arbeiterbewegung geholt habe, aus Deutschland habe flüchten müssen und daß er die dortigen Sozialisten anspricht, ihn - den 'Martyrer' - finanziell zu unterstützen. Geholfen hat ihm das wenig, da die Pariser sich erkundigten und die entsprechende Auskunft erhielten. Vielleicht wollte Engel auf diese Weise auch die Kosten für den Prozeß herauszuschlagen, den er gegen unsere Kollegen Vorhölger angestrengt hat, um zu beweisen, daß ein 'Engel' ein - anständiger Kerl sei.

Rundschau.

Die Konsumvereine und die Internationale Hygieneausstellung. Gleich der Generalkommission der Gewerkschaften hatten auch die Großverbrauchervereine und der Zentralverband deutscher Konsumvereine eine Einladung zur Teilnahme an der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden erhalten. Trotz anfänglicher Bedenken hatten die Genossenschaftler sich schließlich entschlossen, der Einladung Folge zu leisten. Die Vorbereitung zu ihrer Beteiligung war denn auch schon ziemlich weit gediehen, als ihnen die unwürdige Behandlung der Gewerkschaften durch die sächsischen Unternehmerregierung bekannt wurde. Daraufhin erklärten die einzelnen Konsumvereine sofort, daß sie sich nicht an einer Ausstellung beteiligen können, die in dieser Weise auf Geheiß der Unternehmer den Gewerkschaften die Beteiligung unmöglich macht. Der Vorstand des Zentralverbandes beschloß sodann, von der Beteiligung an der Ausstellung Abstand zu nehmen, und die Großverbrauchervereine trat diesem Beschluß bei, so daß jegliche Beteiligung der Genossenschaften des Zentralverbandes unterbleiben wird. Die Konsumgenossenschaften haben damit ihre Solidarität mit den Gewerkschaften dokumentiert.

Das Komitee der Heimarbeiterausstellung für die Schweiz, das die Beteiligung der Schweiz an der Gruppe Heimarbeit der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden vorbereitet, hat ebenfalls von der Beteiligung Abstand genommen, nachdem die deutschen Gewerkschaften hinausgebrängt worden sind.

„Arbeitswillige“.

In der Rastatter Waggonfabrik haben am 16. Februar etwa 50 Streikbrecher der Firma Müller den Schluß ihrer Tätigkeit (richtiger ihrer Untätigkeit) verlassen. Am 17. legten weitere 70 Arbeitswillige die "Arbeit" nieder. Grund dazu war die Verweigerung von Vergünstigungen, die diesen bisher gewährt wurden. Die "Gamburger", die nun anderswo ein Feld ihrer fruchtbareren Tätigkeit suchen, rühmten sich noch zuletzt, "unendlich wenig geleistet zu haben". Um so größer aber waren ihre Ansprüche an die Firma. "Wir haben gut und flott hier gelebt!" meinte einer von diesen Leuten. Er wird nicht ganz unrecht gehabt haben. Die 70 streikenden Arbeitswilligen, die am Freitag die Fabrik verlassen haben, ließen um 12 Uhr ihren ganzen Spott an einigen Angestellten aus. Mit zynischem Hohn sagten sie vor ihrer Abfahrt, daß sie, was möglich war, in der Fabrik noch kurz und klein in geschlagen haben. Mit einem wahren Indianergehül verließen sie geschlossenen Rastatt. In Eilenburg, wo eine größere Zahl dieser Rastatter "arbeitet", haben sie der Direktion der Zellulosefabrik auch schon allerhand böse Träume verursacht. Es ist schon so: die besten Brüder sind es nicht, die sich zum Streikbruch hergeben.

Vom Reden und Zuhören.

Ueber dieses für alle Versammlungsbesucher wichtige Thema schrieb H. Schmidt vor einiger Zeit im "Kantikar": "Manch einer kommt: ... der Sprache nicht recht zugewandt, und man sieht die Geduld beim Zuhören. Bei dem einen ist das nicht immer ein Zeichen von Gedankenlosigkeit und bei dem andern handelt es sich nicht immer um die Unfähigkeit, sich mit dem Redenden des Gehörten zu beschäftigen. Es trifft sich eben nicht allemal, daß der Erzähler und der einzelne Zuhörer von passender Art sind, und es kommt ja auch das Interessengebiet in Frage. Aber in wievielen Fällen kann man bei Zuhören, die ganz geistige Menschen sind, Ungeübte wahrnehmen, wenn der Erzähler seinen Stoff nicht gar schlan verarbeitet. Sie lassen sich von dem frohigen Wortlaut reizen, helfen nach oder fallen mit unpassenden Fragen ein, während der Erzähler den Fortlauf der Gedanken und Worte für sich abwägt. Wo beide einen Zweck haben könnten, erweckt so der ungeduldige Zuhörer Vergernis und gerade das, dem er abhelfen will: wirkliche Störung.

Es ist merkwürdig, wieviel Gewicht die meisten auf den "Fluß" einer Rede legen. Wenn die Redner fließend sprechen, so beweist das nur eins von zweien: Entweder, daß sie ihre Sache auswendig gelernt haben, oder aber, daß sie mit Gedanken hantieren, die an der Oberfläche bereitliegen, die nicht erst aus den Tiefen herausfordern und geschäft und verarbeitet sein wollen. Denkende Menschen müssen doch erst eins zum andern holen, prüfen, wieder ausscheiden, und während sie dieses aussprechen, schon jenes andre, das da vorausgaloppiert, eingeholen suchen, mit anderem verbinden und wieder prüfen, in Form kleiden und dabei das schon Gesagte im Kopfe behalten.

Vergleiche man mit diesem Vorgang eine Rede, die das Fertige nur herunterrappelt, oder eine andre, die alles durcheinanderhalpelt, nur da herangeholten kommt. Ich meine, dann müßte man erkennen, daß es die Vernunft verlangt, eine bedacht vorgebrachte Rede, die Hand und Fuß hat, nicht durch Ungeübte zu fördern. Der Zuhörer ist, hat sich dadurch dem Sprechenden willig zu zeigen, daß er über das Gehörte nachdenkt, besonders dort, wo der einzelne zum einzelnen spricht. Panathetische Menschen sind sonderartigen Gedankengängen finden ja selten Zuhörer, die sich so sympathisch zeigen, daß sie zu Vertrauten werden; es braucht, um diesen meist wortfargen Besonderen zu folgen, viel Feinlichkeit. Aber das wissen wir bereits und wissen auch, daß den seltenen Zuhörern solch seltenen Menschen ihr Eingehen auf das Seltsame erlobt wird. Etwas Eigenes hat ja fast in jeder und gerade dieses Eigenes spricht sich nicht gewandt, nicht "flüssig" aus. Deshalb werden dem klugen und gebildeten Zuhörer nicht oft die "Stöcken" unter den Rednern zum minheiten im Zwiegespräch mehr als die "Fliegenden" bieten.

Verchiedene Industrien

Zellulosefabrikation in Chemnitz. Die Zellulosefabrik Chemnitz hat im August 1910 einen Bruttoüberschuss von 1 000 000 Mark erzielt. Abzüglich Geschäftsausgaben und Abschreibungen mit 200 000 Mark verbleiben 800 000 Mark, wovon werden 10 Prozent Dividende verteilt werden. Der Geschäftsgang war im abgelaufenen Geschäftsjahr lebhaft. - Leipzig. Der Verein chemischer Fabriken schlägt 9 Prozent Dividende (wie im Vorjahr) und Erhöhung des Aktienkapitals von 1 auf 3 Millionen vor. - Frankfurt. Die Holzverarbeitungsindustrie, U. G., hat die Erhöhung des Aktienkapitals von 4 auf 14 Millionen Mark beschlossen. Mit diesem Kapital wird besonders eine Anzahl kleinerer Konkurrenzfabriken aufgekauft werden. Die Gesellschaft hat einen guten Erfolg in Formaldeshydrat, der als Desinfektionsmittel in den verheerendsten Orten des fernsten Ostens Verwendung findet. Den Aktionären wird eine längere Dauer dieser Krankheit im Interesse des Profits erwünscht sein. - Altona. Die Altonaer Wollspinnerei hat ihre Zahlungen eingestellt. Das Aktienkapital von einer Million Mark ist verloren. - Helffenberg i. S. Die chemische Fabrik Helffenberg schlägt wieder 9 Prozent Dividende zur Verteilung vor. - Hannover. Gebrüder Salzwedel schlagen 12 (10) Prozent Dividende vor. - Berlin. Die Gummiwarenfabrik C. Müller beschäftigt 8 (10) Prozent Dividende in Vorschlag zu bringen. - Mannheim. Die Gummi- und Guttapercha- und Kautschukfabrik berichtet von großen Schwierigkeiten im abgelaufenen Geschäftsjahre. Trotzdem kommt der Reingewinn dem des Vorjahres gleich. Der Aufsichtsrat beschließt, nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen, wieder 10 Prozent Dividende zur Verteilung vorzuschlagen.